

METALL

ZEITUNG DER IG METALL FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Jahrgang VI / Nr. 19

Frankfurt a. M., den 29. September 1954

Auflage 1,6 Millionen

Die nächsten Aufgaben unserer Gewerkschaft

Die Funktion und die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerschaft, die Er kämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit und die Weiterentwicklung der politischen zur sozialen Demokratie. Der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland begrüßt darum alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Gewerkschaften zu einer aktiven und wirksamen Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft zu machen. Dies ist um so notwendiger, als die restaurierte Macht der Großaktionäre und der ehemaligen Konzernherren die Demokratie gefährdet und starke reaktionäre, neofaschistische und militaristische Kräfte den sozialen Fortschritt zu unterbinden und die Demokratie zu zerstören versuchen.

Diese Entwicklung verlangt die Entschlossenheit der Gewerkschaften, solche Bestrebungen mit allen Mitteln zu unterbinden.

Der Gewerkschaftstag bekennt sich erneut zu den auf dem Gründungskongreß des DGB formulierten Zielen und fordert die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum unter Sicherung ständiger demokratischer Kontrolle durch die Gewerkschaften.

Darüber hinaus erblickt der Gewerkschaftstag eine der nächsten und vorrangigsten Aufgaben der IG Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Schaffung eines gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes. Dieses muß dem gewerkschaftlichen Willen Ziel und Richtung geben. Es muß die Mittel und Methoden zur Durchsetzung der gestellten Forderungen aufzeigen und eine bindende Verpflichtung für das gesamte gewerkschaftliche Handeln sein. Gesundheit, Kultur und Würde der Arbeiter, Angestellten und Beamten verlangen, daß im Mittelpunkt eines solchen Programmes die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich steht. Durch ständige Lohn- und Gehaltserhöhungen muß den Arbeitnehmern ein gerechter Anteil an der gesteigerten Produktivität gesichert werden. Desgleichen gilt es, gleiche Entlohnung für Männer und Frauen, tarifliche Sicherung der Weihnachtsgrofifikationen, tarifliche Regelung einer alljährlichen Urlaubshilfe und die tarifliche Festlegung der Lohnfortzahlung bei Krankheit auch für Arbeiter anzustreben.

Nicht weniger dringlich ist die Sicherung des Arbeitsplatzes, besonders auch für den jungen Menschen und den älteren Angestellten. Schließlich muß eine menschenwürdige Versorgung der Invaliden und Rentner durch die Gewerkschaften mit größter Entschlossenheit gefordert werden.

Diese Forderungen können durch starke, stets kampfbereite und kampffähige Gewerkschaften, die frei sind von der Illusion der sogenannten „Sozialpartnerschaft“, mit dem Unternehmertum durchgesetzt werden.

Der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall verpflichtet sich, in solidarischer Gemeinschaft mit den dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen alle Kräfte für die Erreichung der gestellten Ziele einzusetzen.



Oben: Der Eingang zum Kongreßgelände; unten: Blick in den Tagungssaal

Otto Brenner vor den Delegierten unseres Gewerkschaftstages in Hannover

Vorwärts im Geiste der Solidarität

„Unser Deutscher Gewerkschaftsbund wird künftig stärker denn je sein müssen. Jede Gewerkschaft wird unter möglichster Hintanhaltung von Sonderinteressen ihm ein Höchstmaß an Kraft zu geben haben. Das setzt aber auch voraus, daß die entscheidenden Gremien des DGB, insbesondere der geschäftsführende Bundesvorstand, im gleichen Sinne handeln und sich bewußt sind, daß sie getragen werden von den Einzelgewerkschaften und damit das Gesamtinteresse aller zu vertreten haben.“

Angesichts der heutigen, geradezu feindseligen Haltung und Intransigenz der Unternehmer und der mit ihnen verbundenen politischen Kräfte gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer auf einen gerechten Anteil am Sozialprodukt und den ihnen gebührenden Platz im demokratischen Gemeinwesen, angesichts der frontalen Angriffe auf die Gewerkschaften, lohnt es, sich an die Zeit nach 1945 zu erinnern. Damals versprach man uns alles; scheinbar war man zu allem bereit. Heute wissen wir, daß es nur das Bestreben war, uns hinzuhalten, Zeit zu gewinnen, um die Kräfte zu sammeln für den Augenblick, in dem man den Versuch wagen konnte, wie nach 1918 das Rad der Geschichte erneut zurückzudrehen. Heute wissen wir auch, daß maßgebende Teile des Unternehmertums und politische Kräfte nichts gelernt haben und nichts lernen wollen... Daran denken wir und müssen wir denken, wenn uns in der gegenwärtigen Situation, in der wir wieder die Chance haben, im Interesse der schaffenden Menschen das Gesetz des Handelns zu ergreifen, erneut Angebote auf Arbeitsgemeinschaft gemacht werden und so

„Unsere Gewerkschaft, als die stärkste im DGB, hat zu jeder Zeit und bei der Lösung jedes Problems die besondere Verpflichtung, immer das Ganze, das Gemeinsame im Auge zu haben. Das haben wir versucht, als wir in den letzten Monaten das Lohnproblem entschlossen anpackten, zuerst in Baden-Württemberg und dann, die Lohnoffensive weiterführend, in den anderen Ländern und Tarifgebieten. Es ging uns nicht nur darum, im Interesse unserer Mitglieder den Widerstand der Unternehmer gegen einen höheren Anteil am gewachsenen Sozialprodukt zu brechen. Wir waren uns der Verpflichtung bewußt, als große und starke Gewerkschaft, auch eine Bresche zu schlagen für die Schwächeren, die auf dem Lohngebiet zurückgeblieben wären...“

So möchte ich eingangs meiner Ausführungen im Namen unserer Gewerkschaft das Bekenntnis ablegen zur Einheit und zur Geschlossenheit des DGB.“

viel von der ‚Sozialpartnerschaft‘ gesprochen wird...“

Auf die Stellung der Gewerkschaften zum Staat eingehend, erklärte Kollege Brenner in seinem Referat: „Dieser Staat wird aber nur dann demokratisch sein und bleiben, wenn er den Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten, allen sozial Schwachen und Bedrängten eine sichere Heimat wird... Die Gewerkschaften sagen ‚Ja‘ zum demokratischen Staat. Aber eine moderne Demokratie, insbesondere nach den Erfahrungen, die wir seit 1918 gemacht haben, ist in Deutschland undenkbar, wenn die Freiheit sich allein in dem Recht erschöpft, alle vier Jahre seine Stimme abzugeben, wenn die Demokratie sich erschöpft im einseitigen Schutz von Kapital und Besitzinteressen, wenn die Demokratie die Arbeiterbewegung und ihre Organisation in Staat und Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft brüskiert, ausschaltet

und diffamiert. So kann kein richtiges Vertrauensverhältnis der Arbeitnehmerschaft zum Staate wachsen und gedeihen!“

Otto Brenner wandte sich anschließend in seinem Referat der wirtschaftlichen und sozialen Situation in der Bundesrepublik zu und formulierte nach einer eingehenden Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse die wirtschaftlichen Grundforderungen unserer Gewerkschaft:

„(1) Wir bekennen uns nach wie vor zu den wirtschaftspolitischen Grundsätzen, die auf dem Gründungskongreß des DGB 1949 in München einstimmig beschlossen wurden. Wir fordern eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, die unter Wahrung der Würde freier Menschen allen Arbeitswilligen volle Beschäftigung und zugleich den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte sichert.“

(2) Aus diesem Grundsatz heraus halten wir auch fest an der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

(3) Die Forderung auf Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung ist für uns unabdingbar.

(4) Wir bekennen uns zu einer europäischen Zusammenarbeit auf ökonomischem und politischem Gebiet. Die Sicherung der Vollbeschäftigung in den europäischen Staaten, die Steigerung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit ihrer Völker erfordert die Beseitigung wirtschaftlicher Hemmnisse und die Vielzahl der Staatengrenzen.

(5) Wir bekennen uns zu einer Wirtschaftspolitik weltweiter Zusammenarbeit. Wir erkennen auch die Verpflichtung, durch entsprechende Maßnahmen mitzuhelfen an der wirtschaftlichen Entfaltung der sogenannten unterentwickelten Länder und an der Hebung des Lebensstandards der Arbeitnehmer überall dort.

In dem seit Monaten anhaltenden Propagandafeldzug wird von uns verlangt, im angeblichen Interesse des ‚Volksganzen‘ und aus ‚nationaler Pflicht‘ auf Lohnforderungen und Lohnkämpfe zu verzichten, weil sie angeblich Staat und Wirtschaft gefährden.

Wir haben uns nicht zu verteidigen, sondern anzuklagen. Und wir wenden uns mit allem Nachdruck gegen die Kreise, die uns Vorhaltungen machen wollen über unsere nationale

(Fortsetzung auf Seite 4)

METALL

ZEITUNG DER IG METALL

6. Jahrgang Frankfurt a. M. Nr. 19

Nach unserem Gewerkschaftstag

Von Kuno Brandel

Wollten wir das wesentliche Merkmal unseres 3. Gewerkschaftstages in einem Satz zusammenfassen, so müßte dieser ungefähr lauten: In Hannover kam der ernsthafte Wille zum Ausdruck, für die Realisierung des als notwendig Erkannten und Beschlossenen, auch die ganze Kraft einzusetzen. Die IG Metall hat damit eine große Verpflichtung übernommen. Es kommt jetzt darauf an, gründlich die Wege und Methoden zu prüfen, um das im Interesse der Arbeitnehmerschaft gestellte Ziel zu erreichen.

Es ist recht interessant festzustellen, wie die Unternehmerpresse den Verlauf und die Ergebnisse unseres Gewerkschaftstages beurteilt. Wenn man von den üblichen Übertreibungen, Mutmaßungen und bewußt tendenziösen Unterstellungen absieht, so spricht doch aus den Kommentaren aufmerksamer Beobachter aus dem Unternehmerlager die Sorge gerade über das oben erwähnte Kennzeichen des Gewerkschaftstages der IG Metall. Die Unternehmerpresse hat recht gut erkannt, daß seine Beschlüsse keine leeren Deklamationen sind und nicht etwa als eine Art Ventil zur Beruhigung der Mitgliedschaft gedacht waren, sondern daß sie vielmehr die Marschroute der IG Metall für die nächsten zwei Jahre festlegen.

Es war vorauszusehen, daß der Satz aus der Entschließung des Gewerkschaftstages über die nächsten Aufgaben, die gewerkschaftlichen Forderungen könnten nur „durch starke, stets kampfbereite und kampffähige Gewerkschaften, die frei sind von der Illusion der sogenannten ‚Sozialpartnerschaft‘ mit dem Unternehmertum, durchgesetzt werden“, heftigen Widerspruch im Unternehmerlager finden würde. Aber erwartete man denn dort etwa im Ernst, daß die IG Metall die Entwicklung in der Bundesrepublik während der letzten Jahre ignorieren und auch aus dem Verhalten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und den Willkürakten von Grundig, der MAN, des „Hauses Siemens“ usw. keine Konsequenzen ziehen werde? Sicherlich nicht. Und das Geschrei, daß die IG Metall die „dargebotene Hand“ abweise, ist nichts anderes als pure Heuchelei. Im Unternehmerlager wird man sich nach Hannover darüber klar werden müssen, daß die Zeit vorbei ist, in der maßgebliche Wortführer des Unternehmertums glauben mochten, sich ausländischen Gästen gegenüber die höhnische Bemerkung leisten zu können: „Von unseren Gewerkschaften haben wir nichts zu fürchten, wir brauchen sie noch nicht einmal ernst zu nehmen.“

An anderer Stelle sind die Beschlüsse des Gewerkschaftstages und Auszüge aus den Tätigkeitsberichten der Vorstandsmitglieder abgedruckt. Hingewiesen sei hier nur auf den Beschluß, die Streikunterstützung wesentlich zu erhöhen. Der Gewerkschaftstag hat damit erneut den Charakter der IG Metall als einer Kampforganisation unterstrichen und zum anderen die Bereitschaft der gesamten Organisation zum Ausdruck gebracht, bei künftigen Arbeitskämpfen den streikenden Kolleginnen und Kollegen ein Höchstmaß finanzieller Hilfe zuteil werden zu lassen. Natürlich kann auch jetzt die Streikunterstützung den evtl. Lohnausfall nicht voll ersetzen und Opfer können den am Streik Beteiligten nicht erspart bleiben. Leider aber gibt es bis heute einen anderen Weg, den Arbeitern und Angestellten einen höheren Lebensstandard zu sichern, noch nicht. (Man braucht nur nach anderen Ländern zu sehen, in denen echte Gewerkschaften existieren, um diese Wahrheit bestätigt zu finden.) Die Erhöhung der Streikunterstützung wird es aber unserer Kollegenschaft erleichtern, auch notwendig werdende lange Arbeitskämpfe für ihre eigenen Interessen durchzustehen. (Nur Toren können glauben, solche seien durch Schlichtungsvereinbarungen überflüssig geworden.)

Natürlich bedeutet das eine weitere beträchtliche finanzielle Belastung unserer Organisation. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Kassenbericht des Kollegen Albert Kern an den Gewerkschaftstag verwiesen, aus dem u. a. hervorgeht, daß die IG Metall seit Einführung der Krankenunterstützung dafür an ihre Mitglieder mehr als 34 Millionen DM ausgezahlt hat.

Das weit über den Rahmen der IG Metall hinaus bedeutsamste gewerkschaftspolitische Ereignis jedoch war das Referat des Kollegen Otto Brenner über die „Aufgaben unserer Gewerkschaft in der gegenwärtigen Situation“, in dessen Mittelpunkt die Forderung nach der Schaffung eines gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes stand. Hier wird nicht die Forderung nach einer Programmschrift mehr erhoben, sondern eine umfassende, zielbewußte und koordinierte gewerkschaftliche Offensive als das zentrale Anliegen aller Gewerkschaften bezeichnet und ihre Vorbereitung durch die Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes verlangt.

Die Wirtschafts- und Finanzzeitung „Der Volkswirt“ erblickt darin die „Gefahr“, daß es der IG Metall auf dem Bundeskongreß des DGB gelingen könne „die anderen Industriegewerkschaften mitzureißen und das Pro-

Unter der Lupe

Europäer

Am Grenzübergang der Straße Luxemburg-Trier steht jenes schon in manchen Berichten erwähnte Schild mit der Aufschrift „Sie kommen aus Europa, sie bleiben in Europa“; und seitdem fast alle Länder den Visumzwang aufgehoben haben, ist ja auch tatsächlich das Kommen und Gehen in den einzelnen europäischen Ländern jedermann leicht gemacht.

Man darf nur nicht im militärpflichtigen Alter sein, dann hört die schöne Gemeinsamkeit auf. Davon weiß der Engländer Philip Townsend ein Liedlein zu singen, der gerade seine zweijährige Dienstzeit in der britischen Armee hinter sich hat und jetzt noch einmal 18 Monate in Belgien Soldat spielen soll. Philip ist nämlich von Geburt aus, obwohl in London geboren, nicht eindeutig ein Brite; sein Vater war Belgier und seine Mutter war Engländerin. Und nun beanspruchen ihn beide Staaten für sich. Die belgischen Militärbehörden haben ihn trotz seines Protestes eingezogen, eingekleidet und in die Kaserne gesteckt.

Vielleicht haben die Belgier recht — nach belgischem Recht —, ihn zu ihrer Nation zu zählen; vielleicht haben die Briten recht — nach britischem Recht —, ihn für sich zu beanspruchen. Feststeht aber, daß er, wenn schon diese Deutungen unsicher sind, Europäer ist. Und als Europäer hat er seiner Dienstpflicht genügt; so sehr auch der belgische Feldwebel mit anderen Vokabeln als der britische schimpfen mag, auf dem Kasernenhof exerzieren wird man hier wie dort in der gleichen Weise.

Was der Soldat Philip erfuhr, ist nichts weiter als ein Stückchen Bürokratie, die immer wieder und überall die Idee erstickt.

Bis die Idee Europa zur bürokratischen Praxis Europa gedeiht, darüber kann noch viel Zeit vergehen; so viel Zeit wahrscheinlich, daß Philip, was seine augenblickliche Situation angeht, keinen Nutzen mehr davon haben wird; er wird bis dahin längst aus dem militärpflichtigen Alter heraus sein. R. G.

„Urlaub“ in der Kurzschule Weißenhaus



Eine ganz neue Form der Lehrlingsausbildung scheinen seit einiger Zeit Großfirmen der Bundesrepublik zu entwickeln. Eine Form, die damit beginnt, daß den Lehrlingen, die dazu auserkoren werden, die Frage vorgelegt wird, ob sie vier Wochen Urlaub haben wollen. Natürlich wird das

niemand ablehnen, schließlich ist man so viel Großzügigkeit bei Unternehmern gar nicht gewöhnt.

Damit nun aber die Lehrlinge nicht auch noch die Sorge haben, wo sie diese so großzügig angebotenen zusätzlichen Urlaubswochen verbringen sollen, wird ihnen ein — natürlich kostenloser — Aufenthalt in der „Kurzschule Weißenhaus“, Post Lütjenburg in Holstein offeriert. Kostenlos natürlich nur für die Lehrlinge selbst, denn 275 DM, so teuer stellt sich der Aufenthalt, trägt das betreffende Unternehmen. Selbstverständlich auch das Fahrgehalt und ein kleines Taschengeld.

Eine ausgezeichnete Sache also und wieder einmal ein Beweis für das ach so soziale Herz der Arbeitgeber. Vier Wochen Urlaub, dazu noch in einem „Weißenhaus“ und alles auf Kosten der sowieso schon kurz vor dem Armenhaus stehenden Unternehmer, wenn das nichts ist...

Und dann ertönt jeden Morgen, Punkt 6 Uhr, in Weißenhaus das Schreien der Bootsmannspfeife und die Stimme des „Wachführers“ zwitschert ein „fröhliches“ Aufstehen mit allem was so dazu gehört: Frühsport mit Dauerlauf, kaltes Duschen unter Aufsicht, antreten zum Frühstück, antreten und abzählen zum Dienst. Jawoll, Dienst heißt jetzt plötzlich der „Urlaub“ und die sieben „Wachführer“ auf Weißenhaus erledigen die dabei notwendig werdenden Kommandos mit markiger

gramm der IG Metall zum Aktionsprogramm des DGB zu machen“. Erfreulicherweise ist es aber nicht nur, wie „Der Volkswirt“ glaubt, die IG Metall, die ein solches Programm verlangt. „Der Volkswirt“ erklärt weiter, von der Entscheidung des Bundeskongresses über das Aktionsprogramm werde „das sozialpolitische Klima der Bundesrepublik im nächsten Jahr maßgeblich beeinflusst werden“; diese Auffassung dürfte von der Wirklichkeit gar nicht so weit entfernt sein; allerdings in einem anderen Sinne, als der „Volkswirt“ das deutet. Tatsächlich liegt darin der Sinn und die Bedeutung des Aktionsprogrammes! Und es geht um nicht weniger als darum, daß die Gewerkschaften endlich wieder das Gesetz des Handelns an sich reißen, statt es „der Wirtschaft“ und den übrigen konservativen und reaktionären Kräften zu überlassen.

Der 3. Gewerkschaftstag hat gute Arbeit geleistet. Jetzt gilt es, die ganze Kraft der Organisation für die Verwirklichung seiner Beschlüsse zu mobilisieren.

Stimme, wobei sie sicher nicht ungerne ihrer mehr oder weniger glorreichen Vergangenheit gedenken. Selbstverständlich haben die „Urlauber“ auch Uniformen... aber so weit sind wir noch nicht ganz. Sie haben natürlich nur blaue Drillichosen und Blusen gefaßt.

Ansonsten gibt es aber noch verschiedene andere nette Sachen, die nun einmal zu einem „Urlaub“ gehören. Vor allem natürlich ein ordentlicher Bettenbau. Dazu Wachdienst, selbstverständlich mit vorschriftsmäßigem Wachanzug, Flaggenhissung unter gemeinsamen Absingen von „Flamme empor“ und Punkt 22 Uhr das abermalige Schreien der Pfeifen: „Licht aus!“

Der fabelhafte Urlaub der sozialen Unternehmer umfaßt weiter u. a. Rudern, Sport, der „den jungen Menschen die obere Grenze ihrer Leistungsfähigkeit aufzeigen soll“, Zehn-kilometermärsche und dergleichen mehr.

In den Personalakten der Lehrlinge, die auf diese Weise einen vierwöchentlichen Urlaub „genießen“ konnten, finden sich dann folgende Sätze: „An der Hindernisbahn zeigte er sich gewandt. Auch die Dauerübungen bereiteten ihm keine Schwierigkeiten. Im seemännischen und im Seenotrettungsdienst befriedigten seine Leistungen nicht immer. Er erweiterte seinen Brustumfang um volle 5 Zentimeter.“

Veranstaltet wird das ganze von einer sogenannten „Deutschen Gesellschaft für Europäische Erziehung e. V.“. Und diese Art „Urlaub“ scheint den Unternehmern so gut zu gefallen, daß sie immer wieder neue Lehrlinge zur Ausbildung nach Weißenhaus schicken.

Wie nannte man doch so etwas noch vor gar nicht allzulanger Zeit? Irgend etwas hatte das mit Vorbereitung zu tun. Wenn doch nur das Gedächtnis bei manchen Leuten nicht so schlecht wäre. hb.

Ist der Nationalsozialismus wirklich tot?

Der Herr Bundeskanzler hat kürzlich ausländischen Presseberichtern gegenüber erklärt, von einer Wiederauferstehung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik könne keine Rede sein. Zweifellos wird das Problem im Ausland nicht immer richtig gesehen. Aber andererseits hat gerade in diesen Tagen das Auswärtige Amt in Bonn bei der Regierung von Nordrhein-Westfalen vorstellig werden müssen mit der Bitte, ein Treffen der sog. Hag, der Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Waffen-SS, das in Iserlohn stattfinden soll, mit Rücksicht auf das Ausland zu verhindern...

Es hieße, alte Fehler fortzusetzen, wollte man alle diejenigen, die ohne ihr Zutun zur Waffen-SS eingezogen wurden, auch heute noch diskriminieren, und auch denjenigen, die einst aus Idealismus freiwillig zur Waffen-SS gingen, muß ihr politischer Irrtum mit der Zeit einmal verziehen werden. Allerdings sind zwei Voraussetzungen unabdingbar: Einmal, daß sich die ehemaligen SS-Männer von ihrem politischen Irrtum wirklich abgewandt haben, und zum anderen, daß diese Veranstaltungen in loyaler Einstellung gegenüber unserem heutigen Staat vor sich gehen.

Leider haben die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt, daß diese Voraussetzungen nicht gegeben sind. Kürzlich ist in Bad Hersfeld in einer Versammlung sogar ein ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS für das Verbot eines dort geplanten SS-Treffens eingetreten, und zwar auf Grund der Erfahrungen, die er bei einem ähnlichen Treffen in Gießen gemacht hatte. Die Veranstaltung habe zwar mit einer Kranzniederlegung am Ehrenmal durchaus würdig begonnen, aber bei dem geselligen Bei-

sammensein am Abend sei nach dem Genuß einiger Biere der ganze Ungeist des Nationalsozialismus in Gesprächen und Liedern wieder auferstanden. Als er sich geweigert habe, das SS-Lied „Die Schwerter heraus, das Pulver und das Blei“ mitzusingen, habe man ihn einen „Gesinnungslumpen“ genannt.

Nun, das ist noch sanft, wenn man damit vergleicht, was sich zugetragen hat, nachdem der Landrat von Hersfeld das SS-Treffen verboten hatte. Es wurden Flugblätter in der Stadt verteilt, in denen das Verbot als „erbärmliche Kapitulation des Judenstümmelings Hörnich — so heißt der Landrat — vor dem bolschewistischen Gesindel des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das von Jerusalem ferngesteuert wird“ bezeichnet wurde. „Unser Wiederkommen wird hart wie Eisen und unbittlich, aber heilsam sein“, hieß es abschließend. Ich glaube, eine bessere Rechtfertigung für sein Verbot konnte dem Landrat gar nicht geliefert werden als dieser widerliche antisemitische Jargon und diese Drchungen von Leuten, die unbelehrbar und verblendet die Rückkehr des Nationalsozialismus glauben vorbereiten zu können...

An solchen Drohungen und Provokationen mangelt es leider auch anderweitig nicht. In Bad Wöfischhofen erscheint ein „Kampfgorgan“ aller „entrechteten, niedergeschlagenen und wirtschaftlich vernichteten alten Nazis“, wie es sich stolz nennt, dessen Titel „Die Anklage“ allein schon eine Provokation ist, wenn man bedenkt, daß die „alten Nazis“ die letzten sind, die berechtigt wären, Anklagen zu erheben. Noch schlimmer aber sind die überall im Text verstreuten unverhüllten Drohungen... Von einem ähnlichen Ungeist waren sogar Angriffe getragen, die kürzlich in Mainz auf einem Fallschirmjäger-Treffen gegen einen ehemaligen Oberstleutnant dieser Einheit und jetzigen Universitätsprofessor erhoben wurden, weil dieser es 1944 gewagt hatte, in britischer Gefangenschaft Artikel gegen Hitler zu schreiben. Vorerst jedenfalls, so wurde beschlossen, darf der Professor keine Artikel mehr für das Organ der Fallschirmjäger schreiben.

Die nationalsozialistischen Lebensäußerungen sind also nicht so ganz harmlos, wie sie manchmal hingestellt werden. Um so unverständlicher ist es mir, daß nach allem, was vorausgegangen ist, die bürgerliche Mehrheit des Rates der Stadt Göttingen aus Gründen der Unparteilichkeit die Abhaltung des in Hersfeld verbotenen SS-Treffens in Göttingen gestatten zu müssen glaubte. Ich meine, dieses Nachgeben ist die schlechteste Methode. Den Spekulationen unbelehrbarer Nazis auf die Feigheit ihrer Mitbürger kann der demokratische Staat nur mit energischen Maßnahmen begegnen, gesetzlichen Handhaben, wie sie beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Mommer in einem Schreiben an den baden-württembergischen Innenminister gegen das Spielen nationalsozialistischer Lieder durch Tanzkapellen gefordert hat...

Dr. Hans Henrich im Hessischen Rundfunk

Zirkus

In einer großen Tageszeitung erschien kürzlich folgende Notiz: „Die Stadtverwaltung der Zonengrenzstadt Duderstadt-Eichsfeld hat die Genehmigung zum Gastspiel eines bekannten Zirkusunternehmens am kommenden Wochenende nicht erteilt, da zugleich der Landesparteitag der Deutschen Partei stattfindet. Die Würde des DP-Parteitages verträge sich nicht mit einer Zirkusvorführung. Man werde den Aufbau der Zelte notfalls mit Polizeigewalt verhindern.“

Recht so, nur immer wacker mit der Polizeigewalt gedroht! Was hat auch solch ein Unternehmen bei den Leuten von der DP zu suchen? Die machen doch ihren eigenen Zirkus...



Höllengelächter

Der 3. Bundeskongreß des DGB Im Zeichen gewerkschaftlicher Aktivität

Der Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das „Parlament der Arbeit“, hält in der Zeit vom 4. bis 9. Oktober seine 3. Tagung in Frankfurt ab. 391 gewählte Delegierte vertreten die 6 Millionen Mitglieder der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften. Jeder Delegierte vertritt somit 15 000 Mitglieder; er ist ihr Sprecher und ihnen verantwortlich. In seine Hand ist mit die Entscheidung über die künftige Politik des Deutschen Gewerkschaftsbundes gelegt.

Der 3. Bundeskongreß tagt im Zeichen einer starken und echten Aktivität der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Diese Aktivität hat in den letzten Monaten für einige Millionen Arbeiter und Angestellte gute Früchte getragen. Aber nicht nur deshalb wurde sie von allen demokratischen Kräften des In- und Auslandes als ein frischer Luftzug begrüßt. Zum ersten Male in diesem Umfang seit 1945 zeigten deutsche Gewerkschaften, welche starke außerparlamentarische demokratische Kraft sie sind und daß es — trotz des 6. September 1953 und seiner politischen Folgen — sehr wohl möglich ist, durch den gewerkschaftlichen Kampf dem sozialen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen. Man mußte so im Regierungs- und Unternehmerlager wieder mit den Gewerkschaften rechnen lernen. Und man wird das in der Zukunft ebenso und mehr noch müssen, wenn sie erst den einmal beschrittenen Weg konsequent und entschlossen weitergehen. Darauf aber kommt es an.

Die große Aufgabe des Bundeskongresses in Frankfurt wird es darum sein, dafür die nötigen Richtlinien zu erarbeiten und klare Beschlüsse über den künftigen Kurs zu fassen.

Erfreulicherweise beweisen zahlreiche Kongresse wichtiger Gewerkschaften, daß sie sich — ebenso wie die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag in Hannover das getan hat — Aufgaben gestellt haben, die gleichermaßen weitreichend und gegenwartsnah sind. Dazu gehören die Schaffung eines gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes mit einer klaren und konkreten Aufgabenstellung, der Kampf für die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, tarifvertraglich geregelte Altersversicherung u. a. m. Auch die Vielzahl von Anträgen, die dem Frankfurter Kongreß vorliegen, und in denen solche und ähnliche Forderungen von vielen Orts- und Kreisausschüssen und Landesbezirksleitungen des DGB ebenso wie von Gewerkschaften erhoben werden, zeigt, daß es sich hier um ein echtes Anliegen der gesamten Mitgliedschaft handelt. Der Bundeskongreß muß nunmehr diesem Verlangen Ausdruck geben und es zur Richtschnur des Handelns des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Zukunft machen.

Wir glauben gerade das letztere deshalb betonen zu müssen, weil auf dem 2. Bundeskongreß in Berlin zwar recht gute Beschlüsse gefaßt worden sind — es aber an den entsprechenden Maßnahmen und der Bereitschaft der Führung des DGB, auf die

Erreichung einmal gestellter Ziele die ganze gewerkschaftliche Kraft zu konzentrieren, gemangelt hat. Der Hinweis darauf, daß durch den Bundesvorstand des DGB im Laufe der beiden letzten Jahre nur wenig geschehen ist, um z. B. die Forderung des Berliner Kongresses auf Einführung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich zu verwirklichen, mag hier als ein Beispiel für viele stehen. Solche Forderungen dürfen aber nicht nur gewerkschaftliche Feiertagslosungen bleiben, wenn sie nicht überhaupt völlig entwertet werden sollen. Vielmehr müssen sowohl die gesamte Öffentlichkeit als auch die Mitgliedschaft wissen und erleben, daß die Gewerkschaften es damit sehr ernst meinen. So nur bleibt auch das Vertrauen in die Gewerkschaften und ihre Führung erhalten. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir kennen die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich unserem Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit entgegenstellen, sehr gut und unterschätzen sie keineswegs. Unser Kriterium ist auch nicht: Was wurde erreicht, sondern, was wurde getan und wurde alles getan, was möglich war?)

Frankfurt muß in dieser Hinsicht einen neuen Start bedeuten. Die Beschlüsse des 3. Kongresses müssen eine bindende Verpflichtung für alle Mitglieder, ganz besonders aber für den neu zu wählenden Bundesvorstand, sein. Wir glauben, daß dies eine der Voraussetzungen ist, die erfüllt sein müssen, damit der Deutsche Gewerkschaftsbund die zahlreichen Angriffe, die gegen ihn geführt werden, mit Erfolg abwehren kann.

Das ist das Eine. Das Zweite ist: Die seit dem Berliner Kongreß eingetretenen Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis; das Erstarken aller konservativen und reaktionären Kräfte in Staat und Wirtschaft; die, im Zusammenhang mit den Lohnbewegungen der letzten Monate sichtbar gewordene Front der Gewerkschafts- und Arbeitnehmergegner, die einträchtig mit dem Unternehmertum von der CDU über Dehler zur DP führt; die planmäßige Irreführung der öffentlichen Meinung; die Finanzierung gewisser politischer Parteien aus Geldern der Industrie; die Angriffe gegen das Streikrecht; der Klassenkampf von oben — all dies macht offenkundig, daß die Aufgabenstellung des DGB-Bundesvorstandes eine andere, eine umfassendere geworden ist als etwa zur Zeit Hans Böcklers.

Die hervorragende Leistung des DGB-Bundesvorstandes in der Periode Hans Böcklers war, daß er mit großer Autorität als Sprecher der gesamten Gewerkschafts-

Otto Brenner:

Dem Bundeskongreß zum Gruß!

Vom 4. bis 9. Oktober 1954 tagt in Frankfurt a. M. das Parlament der Arbeit, der dritte ordentliche Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB waren gut beraten, als sie Frankfurt am Main zum Tagungsort wählten. Hier ist der Sitz vier großer Gewerkschaften, der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, der Deutschen Postgewerkschaft und unserer eigenen, der IG Metall. Alle Gliederungen des DGB — vom Orts- und Kreisaußschuß bis zum Bundesvorstand — sind nichts anderes als die zusammenfassende Klammer der dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften. Ohne die ständige Mitarbeit der einzelnen Gewerkschaften, ohne die Bereitschaft, ihre Sonderinteressen hintanzusetzen und die gemeinsamen Interessen aller Schaffenden in den Vordergrund zu stellen, kann der DGB seine Aufgaben nicht erfüllen. So sind also alle Gewerkschaften für das Tun und Lassen der DGB-Organen mitverantwortlich. Diese Verantwortung darf sich nicht erschöpfen in der Wahl des Bundesvorstandes, in dem alle Gewerkschaften vertreten sind. Es bedarf einer ständigen demokratischen Kontrolle, es bedarf des guten Willens aller, insbesondere des geschäftsführenden Bundesvorstandes, in kollegialer, harmonischer Zusammenarbeit die Vertrauensgrundlage dafür zu schaffen, daß der DGB mit Autorität als Sprecher aller Gewerkschaften auftreten und handeln kann.

Die großen Erwartungen, die die Mehrzahl der Delegierten auf dem Berliner Kongreß des DGB hatte, sind leider nicht erfüllt worden. Wir wünschen uns den DGB nicht als bloße Dachorganisation, sondern als motorische Kraft. An dieser Kraft fehlte es so manches Mal; mancherlei Schwächen und Mängel sind noch zu überwinden. Deshalb erwarten wir von dem neuen Bundesvorstand, daß er nach dem Frankfurter Kongreß ein Höchstmaß von Initiative und Kraft entwickelt, damit mehr als bisher die gesamte Gewerkschaftsbewegung den ihr gestellten Aufgaben gerecht wird.

Die IG Metall als die stärkste Gewerkschaft innerhalb des DGB ist sich dabei auch ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den anderen Gewerkschaften bewußt. Sie ist stets bereit, durch solidarisches Handeln, den besten Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung folgend, ihren Beitrag zur Festigung und Stärkung des DGB zu leisten. Der Bund muß stark sein!

bewegung gegenüber den Besatzungsmächten, gegenüber der Regierung und der Wirtschaft, in mühseligen und zähen Verhandlungen das damals Mögliche durchsetzte.

Es ist offenkundig, daß in der gegenwärtigen Periode für eine solche Aufgabenstellung einfach keine Voraussetzungen mehr vorhanden sind. Wollte man sich daran klammern, so besteht die Gefahr, daß der DGB-Bundesvorstand zur einflußlosen Repräsentation-Institution wird. Soll der DGB-Bundesvorstand seine Aufgabe heute und in Zukunft erfüllen, so muß das ganze Gewicht des DGB verlagert werden: In der Unterstützung, Aktivierung und Koordinierung des gewerkschaftlichen „Kleinkrieges“ liegt seine gegenwärtige Hauptaufgabe. Die erfreulichen Impulse, die zu einer neuen Belebung der Gewerkschaften in den letzten Monaten führten, sind entscheidend von den angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen, von den unteren und mittleren DGB-Organen ausgegangen. Das ist gut so! Beweist das doch, wie stark und gesund trotz aller Rückschläge die Gewerkschaftsbewegung ist. Weit erfolgreicher jedoch — so glauben wir — hätte manche Phase des gewerkschaftlichen Kampfes verlaufen können, wenn sie Teil eines koordinierten, entschiedenen und bewußt gemeinsamen Strebens gewesen wäre!

Aber es ist noch mehr notwendig. Und darin liegt die besondere Bedeutung des

Frankfurter DGB-Kongresses. Er wird unserer Meinung nach nur dann seine Aufgabe erfüllen, wenn er, festhaltend an den Grundsatzforderungen des Münchener Kongresses, die Richtlinien für ein, das augenblicklich politische Kräfteverhältnis berücksichtigendes, gegenwartsnahes, gewerkschaftliches Aktionsprogramm entwickelt. (Seine Ausarbeitung sollte einer durch den Kongreß zu wählenden Programmkommission übertragen und der Bundesausschuß mit der endgültigen Formulierung beauftragt werden.) Hoffnungen auf politisch-parlamentarische Entscheidungen und Illusionen über die Erfolgsmöglichkeiten einer Neuaufgabe der Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Unternehmertum helfen uns nicht weiter. Notwendig ist die Entfaltung der potentiell vorhandenen eigenen Kräfte. Wenn die Mitglieder der Gewerkschaften mit ganzem Herzen Vertrauen zur DGB-Führung haben sollen, dann muß die DGB-Führung auch Vertrauen zu den Massen haben. Wir erwarten von der DGB-Führung keine Wunder. Auch sie kann nicht im Handumdrehen die eingetretenen Machtverschiebungen in Staat und Wirtschaft verändern. Aber wir wollen auch keine Leisetreterei! Kein sich Abfinden mit der augenblicklichen Lage! Kein resigniertes Verweisen auf die Entscheidung der Wähler am 6. September 1953! Kein Erschöpfen der Aufgaben in Verwaltung und Repräsentation!

Indem die Gewerkschaftsbewegung alle die Möglichkeiten nützt, die ihr in unserem demokratischen Staate gegeben sind, kann sie wesentliches mit dazu beitragen, um sowohl endlich die weitere Entwicklung der Bundesrepublik nach rechts zu verhindern, als auch der kommunistischen Agitation und ihren Infiltrationsversuchen jede Erfolgchance zu entziehen. Sie kann darüber hinaus in vielen Millionen Arbeitnehmern den Willen zur Sicherung und zum Ausbau der Demokratie lebendig werden lassen. Zu all dem bedarf es aber des Entschlusses, die gewaltige Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung in die Waagschale zu werfen.

Die Augen von vielen Millionen Arbeitnehmern sind in diesen Tagen erwartungsvoll auf Frankfurt gerichtet. Jeder Delegierte des DGB-Kongresses trägt eine große Verantwortung. Der Kongreß ist souverän. Er kann den Weg des „geringsten Widerstandes“ gehen und alles beim alten lassen, er kann Beschlüsse fassen, die kaum angenommen, schon vergessen werden — er wäre dann allerdings schlecht beraten, denn die gegenwärtige gefährliche innen- und wirtschaftspolitische Entwicklung steht nicht still, es gibt keinen Beharrungszustand. Aber der Kongreß kann sich auch entscheiden zu einem neuen Beginnen, zu einem neuen Start, der den Zeichen der Zeit Rechnung trägt. Dazu werden auch die Delegierten der IG Metall ihren Beitrag leisten.



Links: Der Eschenheimer Turm in Frankfurt; rechts: die Paulskirche

Vorwärts im Geiste der Solidarität

(Fortsetzung von Seite 1)

Pflicht. Es sind dieselben, die vor und während der Hitlerzeit aus Profit- und Machtinteressen den Weg des nationalen Verderbens gingen und daher die Verantwortung für unsere nationale Katastrophe des Jahres 1945 mittragen. Es sind dieselben, die zum Beispiel kürzlich im Zusammenhang mit dem Kartellgesetz, mit dem Sperren der Wahlfelder drohten und vor denen man prompt kapituliert. Es sind dieselben, die immer und zu jeder Zeit die eigenen Interessen vor die Interessen der Nation setzten. Es sind dieselben Profitjäger, die dann mit Zuchthaus drohen, wenn die Gewerkschaften um die Rechte der Arbeitnehmer kämpfen, und die den Staat zwingen wollen, mit Gesetzen und mit Reglementierungen aller Art gegen die Gewerkschaften vorzugehen.

Wir haben schon zuviel Rücksicht genommen! Jetzt ist erst einmal die Gegenseite an der Reihe, den Beweis zu liefern für die Bereitwilligkeit, den arbeitenden Menschen ihren zustehenden Anteil an der erarbeiteten Steigerung des Sozialproduktes zu geben. Der arbeitende Mensch hat nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. Und für diese setzen wir uns ein! . . .

Die Verteidigung des Streikrechts

Mit heuchlerischem Geschrei wirft man unserer Gewerkschaft vor, sie breche Lohnbewegungen vom Zaune in einer Zeit wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung, und diese

Keine Neuauflage der „Arbeitsgemeinschaft“!

Der Vorsitzende der Arbeitgeberverbände, Dr. Paulsen, hat vor einigen Monaten den Vorschlag für eine „Studienkommission“ gemacht, welche die „Grundlagen der Lohnpolitik“ klären sollte. Soll diese Studienkommission unter Beteiligung der Gewerkschaften auch Einblick bekommen in die Geheimnisse der Gestehungskosten, der Gewinne und der Preise?

Es wurden uns auch erneut sehr vage Angebote auf „Arbeitsgemeinschaft“ und „Partnerschaft“ gemacht.

Was bietet man uns? Ist man bereit, die so schwer erkämpfte Mitbestimmung in Kohle und Stahl auf die gesamte Metallindustrie und auf andere Industriezweige auszudehnen?

Ist man bereit, eine zielbewußte Politik der Vollbeschäftigung zu betreiben?

Ist man bereit, den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu steigern?

Ist man bereit, die längst fällige Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der 40-Stunden-Woche in fünf Tagen bei vollem Lohnausgleich zu verwirklichen?

Ist man bereit, in eine Revision des BVG einzuwilligen, das gegen den Willen von Millionen Arbeitnehmern durchgepeitscht wurde?

Ist man bereit, sich mit aller Deutlichkeit von den Versuchen zu distanzieren, die das Koalitionsrecht und Streikrecht der Arbeitnehmer beschneiden sollen?

Ist man bereit, uns Garantien zu geben, daß das Technische Hilfswerk keine Streikbrecherorganisation wird?

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus!

Man will die Gewerkschaften knebeln und zersetzen. Man unterstützt gewerkschaftsfeindliche Parteien, man versucht, gelbe Gruppen zu bilden und zu finanzieren.

Und wie steht es mit dem Schlichtungswesen, über das im Zusammenhang mit den Streiks in Hamburg und Bayern so viel gesprochen wird?

Betrachten wir einmal das Schlichtungswesen in Verbindung mit der freien Marktwirtschaft, deren Segnungen man uns täglich preist. . . Auch der Streik ist ein marktkonformes Mittel. Es ist die Verweigerung einer Leistung zu einem nicht als ausreichend gehaltenen Preis. Auch hier bleibt es den Nachfragenden, den Arbeitgebern überlassen, auf den Erwerb der Leistung zu verzichten, Zweigleisigkeit auf dem Markt: Freiheit für die Unternehmer und Bindung für die Arbeitnehmer kann nicht akzeptiert werden und findet unseren schärfsten Widerstand. Zwangsschlichtung und verbindliche Schiedssprüche lehnen wir auf Grund unserer Erfahrungen kategorisch ab.“

Den größten Teil des Referats nahm das gewerkschaftliche Aktionsprogramm ein, das Kollege Brenner, von mehrfach stürmischem Beifall der Delegierten unterbrochen, vor dem Gewerkschaftstage entwickelte. Er führte folgendes aus:

„Die Forderung nach einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm — das möchte ich von vornherein sagen — kann kein Patentrezept sein. . . Das Kernstück dieses Programms müssen jene Forderungen sein, die das brennende Interesse aller Arbeitnehmer wie auch ihrer Familien und damit das Interesse der großen Mehrheit unseres Volkes ausdrücken. Diese Forderungen müssen unabhängig von den gegenwärtigen politisch-parlamentarischen Verhältnissen mit gewerkschaftlichen Mitteln realisierbar sein.

Nun zu dem konkreten

Inhalt des Aktionsprogramms:

Die Einführung der 5-Tage-Woche bei verkürzter Wochenarbeitszeit und vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit dem Ziel der 40-Stunden-Woche ist über den Abschluß von Tarifverträgen zu betreiben.

Bedarf es zu ihrer Begründung vieler Worte? Es gibt kaum fortschrittliche Wirt-

würde dadurch gestört. Ja, sollen wir denn warten, bis eine Krise hereinbricht? Sollen die Landarbeiter denn im Winter und die Schneeschipper im Sommer streiken? Kann uns einer sagen, wann und wo die angeblich so gerecht und sozial denkenden Arbeitgeberverbände schon einmal einen Lohntarif von sich aus kündigten zum Zwecke einer längst fälligen Lohnerhöhung?

Vor einiger Zeit verlautete, daß dem Bundestag ein Gesetzentwurf zur Regelung gewerkschaftlicher Urabstimmung vorgelegt werden sollte. Die Zeitungen waren voll davon. Über diesen Versuch, in das ureigene Recht, in die ausschließliche Kompetenz der Gewerkschaften, in die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer einzugreifen, hat von staats- und verfassungsrechtlicher Seite ein Berufen, der Staatsrechtler Prof. Abendroth, in unserem Gewerkschaftsorgan METALL, das Notwendige gesagt. Er hat hierbei die Frage aufgeworfen, ob nach dem Vorbild der Nazigesetze etwa die „Betriebsführer“ künftig Streik-Urabstimmungen durchführen sollen. Auf diese Fragen erfolgte keine Antwort. Wann, wo und unter welchen Voraussetzungen gestreikt wird, entscheidet allein die Mitgliedschaft der Gewerkschaft. Daran lassen wir nicht rütteln. Oder wollen die Arbeitgeberverbände auch die Streikgelder aufbringen? Es ist unsere feste Überzeugung: Wer an dem Streik- und Koalitionsrecht der Arbeitnehmerschaft rütteln will, dem soll Hören und Sehen vergehen!

schaftswissenschaftler, Soziologen und Mediziner, die nicht einsehen, daß eine baldige Regelung des Arbeitszeitproblems im Interesse der Werktätigen und ihrer Familien unabwiesbar ist. Sie liegt auch im Interesse einer gesteigerten Wirtschaftskraft. Andere hochindustrielle Länder sind uns weit voraus. Ihre Volkswirtschaft wurde ebenso wenig geschwächt wie der Kohlenbergbau in der Bundesrepublik, nachdem dort die Arbeitszeit verlängert wurde. Wie eindrucksvoll war doch der 1. Mai dieses Jahres! Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche hatte gezündet. Das war wie an keinem 1. Mai nach 1945 der Fall. Angesichts dieser Wirkung ist es sehr bedauerlich, daß seitdem die koordinierende und leitende Kraft des DGB für die weitere Durchsetzung dieser Forderung fehlte. Das muß anders werden. Sprechen nicht sowohl betriebswirtschaftliche als auch volkswirtschaftliche Argumente für die 5-Tage-Woche? Der Betrieb hat eine ausgereifere, frischere Belegschaft, deren Konzentrationsfähigkeit und Arbeitsfreude ungleich größer ist. Es entfallen auch für den Sonnabend die Anlauf- und Auslaufkosten der Produktion, die in keinem Verhältnis zu den wenigen Arbeitsstunden dieses Tages stehen. Volkswirtschaftlich ergeben sich aus der allgemeinen Einführung der 5-Tage-Woche nach Ansicht vieler Experten nur günstige Auswirkungen. Das längere Wochenende wird auch den Konsum erhöhen, es stärkt den Verbrauch, eine der Hauptstützen der Konjunktur. . .

Wir unterschätzen auch nicht die Frage der Überstundenleistung und erkennen sehr wohl die gesamte Problematik. Wir wissen, wann und in welchem Umfange Überstunden unvermeidlich sind. Wir wissen auch, wo die Überstundenleistung die Gesundheit gefährdet und Arbeitslosigkeit heraufbeschwört. Kein Mensch aber schiebt Überstunden aus Übermut. Die niedrigen Löhne sind der eigentliche Beweggrund. Hier müssen wir ansetzen. Das führt mich zur zweiten Forderung:

Aktivierung unserer Lohn- u. Gehaltspolitik
Den Arbeitnehmern ist durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ein gerechter Anteil an der gestiegenen Produktivität zu sichern.

Die Gegenseite weist immer wieder auf das Erfordernis eines vermehrten Ausstoßes an Waren. Der Wohlstand eines Volkes ist aber nicht allein zu messen am Güterausstoß, er wird auch entscheidend bestimmt von der Form der Verteilung. Je breiter die Streuung der Güter an alle Schaffenden, um so höher das Niveau des Allgemeinwohls. Je geringer die Spanne der Güterverteilung zwischen arm und reich, zwischen dem Einkommen des Arbeitnehmers und dem Gewinn des Unternehmers ist, um so geringer ist auch das soziale Spannungsfeld. Im Zuge dieser Erwägungen wäre ergänzend zu fordern:

Gleiche Entlohnung für Männer und Frauen, Sicherung der Weihnachtsgatifikationen, Regelung einer alljährlichen Urlaubshilfe und Festlegung der Lohnfortzahlung bei Krankheit auch für den Arbeiter durch tarifliche Abmachungen.

Wenn jetzt das Wort von tariflicher Regelung so oft gesprochen wurde, so darum, weil es in unserer Zeit nicht mehr angängig ist,

Almosen zu empfangen oder Geschenke nach patriarchalischer Art entgegenzunehmen, sondern weil wir in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ein Recht darauf haben. Mit der Gewährung dieses Rechtsanspruchs steht und fällt das Urteil über die sogenannte „soziale Betriebsgestaltung“. Für Lohnerhöhungen hat man niemals Geld, wohl aber für Geschenke und Zuwendungen! Alle diese Aufwendungen sind doch nur ein Teil des Sozialprodukts, also vorenthaltener Lohn. Man will nichts anderes, als den großen Gedanken der Arbeiterbewegung, der Solidarität, aufweichen, zersetzen und zerstören. Wir wollen keineswegs diese Aufwendungen beseitigen. Im Gegenteil, wir wollen sie sichern, rechtlich verankern. Sie sollen ein unlöslicher Bestandteil der Tarifverträge und damit ein Rechtsanspruch für alle Arbeitnehmer werden.

Unsere Forderung an den Gesetzgeber

Die Sicherung des Alters vor Not muß zur beherrschenden Frage auch bei uns werden. Sie hat in vielen Kulturländern schon ihre Lösung gefunden oder geht ihrer Lösung entgegen. Die Not des größten Teils der Rentner ist bei uns unerträglich geworden. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie ihr gegebenes Versprechen einlöst und endlich die Renten erhöht.

Eine weitere Forderung gilt unserer Jugend. Dazu gehören: Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit; Bessere Entlohnung der Jugendlichen; Vermehrter Jugendarbeitsschutz und gesetzliche Regelung der Berufsausbildung.

Auch die Not unserer Jugend ist nicht minder groß. Hunderttausende von Jugendlichen sind noch immer ohne Arbeit. Hunderttausende fehlt die Möglichkeit einer Berufsausbildung. In Reihenuntersuchungen wurde kürzlich festgestellt, daß jeder fünfte Jugendliche Gesundheitsschäden aufweist. Die Ausbeutung Jugendlicher und die Lehrlingszüchterei, besonders in Kleinbetrieben, ist himmelschreiend, wie gewerkschaftliche und offizielle Feststellungen ergaben. Die Gewerbeaufsichtämter müßten vertausendfacht werden, wenn sie diesen massenhaften Verletzungen geltender Gesetze nachgehen sollten. Noch immer steht die Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes aus. Und noch immer sind die Mängel im Kündigungsschutzgesetz nicht beseitigt, die die Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr außerhalb des Gesetzes stellen.

Diese Nahziele, diese konkreten und jedermann verständlichen Forderungen sind das Kernstück unseres Aktionsprogramms. Es sind offensive Forderungen. Wir müssen sie mit aller Energie und Entschlossenheit erreichen, wie wir auch entschlossen sind, das bisher Erreichte zu verteidigen. Diese Forderungen sind keine Illusionen. Sie sind in anderen Ländern der westlichen Welt zum Teil längst erfüllt. Sie sind auch in der Bundesrepublik bei dem Stand der Technik erfüllbar. Diese Ziele gehen nicht nur die Arbeitnehmer an. Sie sollen dazu dienen, allen Schaffenden, wie auch ihren Familien, das Leben glücklicher und sinnvoller zu gestalten.

Gewerkschaftliche Aktionen sind die Grundlage der Einheit

Das gewerkschaftliche Aktionsprogramm, wie es uns vorschwebt, hat aber auch eine eminent innergewerkschaftliche Bedeutung. Seit den letzten Bundestagswahlen hat die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft,

Der neugewählte Vorstand

Hans Brümmer	Vorsitzender
Otto Brenner	Vorsitzender
Albert Kern	Kassierer
Hermann Meinzer	Kassierer
Wilhelm Petersen	Vorstandsmitglied
Alois Wöhrle	Vorstandsmitglied
Heinrich Sträter	Vorstandsmitglied
Fritz Strothmann	Vorstandsmitglied
Heinz Dürbeck	Vorstandsmitglied
Kuno Brandel	Vorstandsmitglied

Ehrenamtliche Vorstandsmitglieder

Wilhelm Bösmann	Gevelsberg
Fritz Düßmann	Bremen
Peter Eisenacher	Frankfurt a.M.
Erich Galle	Berlin
Konrad Haas	Mannheim
Kurt Hornei	Braunschweig
Anton Klaves	Münster
Ernst Klinkel	Lollar
Alois Kottmair	München
Otto Kraus	Nürnberg
Fritz Loose	Dortmund
Willi Monschau	Köln
Meta Rothe	Bochum
Ernst Schäfer	Sindelfingen
Emil Willumeit	Kiel

über ihre Berechtigung und ihre Zielsetzung nicht aufgehört. Uns allen ist noch in Erinnerung, daß der eindeutige Beschluß des Bundesausschusses des DGB vom 30. September des vorigen Jahres die beabsichtigte Spaltung der Gewerkschaften verhindert hat. Die Gefahr ist noch immer nicht überwunden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Forderungen des Aktionsprogramms allen Arbeitnehmern aus dem Herzen gesprochen sind und unsere Mitglieder zu einer noch festeren Einheit zusammenschweißen. Auf der Grundlage des gemeinsamen Handelns, des gemeinsamen Eintretens für unsere Ziele, wird der unfruchtbare Streit sein Ende finden. Auf dieser Grundlage werden wir uns alle finden.

An der Einheit der Gewerkschaften werden auch die Störungs- und Zersetzungsversuche der Kommunisten scheitern. Sie, die die Geschäfte Sowjetrußlands besorgen, machen den kläglichen Versuch, im Kielwasser unserer neuen gewerkschaftlichen Aktivität zu schwimmen. Sie versuchten es ebenfalls bei den letzten Lohnbewegungen. Auch unserem Gewerkschaftstag liegen Anträge aus der bekannten KPD-Fabrik vor. Einige dieser Anträge wollen unser Aktionsprogramm verfälschen. Diese Rotbäuschermethoden kennen wir. Sie haben uns in der Vergangenheit nicht irreführt; wir lassen uns auch jetzt nicht in die Irre führen. Die Handlanger dieser Hintermänner liefern lediglich den scharfmacherischen Unternehmern und gewissen politischen Kräften jene Argumente, die uns diffamieren sollen. Wir werden nicht dulden, daß sie ihr Süppchen an unserem Feuer kochen.

Vorwärts im Geiste der Solidarität

Die Metallarbeiterbewegung blickt auch in Deutschland auf eine stolze Tradition zurück. Mehr als einmal ging sie in Zeiten großer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen voran. Tradition aber verpflichtet. Wir würden die Tradition, würden unsere Pflicht und Schuldigkeit verletzen, wenn wir nicht mit aller Entschlossenheit für diese Forderungen eintreten.

Unser Schicksal liegt entscheidend in unserer eigenen Hand. Meistern wir es mutig und entschlossen! So und nur so erfüllen wir auch unsere Verpflichtung gegenüber unserer ganzen Gewerkschaftsbewegung. So wirken wir, so streben wir und so kämpfen wir im Geiste brüderlicher Solidarität!“



Kollege Otto Brenner während seines Referates zum Aktionsprogramm (links). Gäste auf dem dritten Gewerkschaftskongreß (unten).



Der Vorstand berichtet über seine Tätigkeit

Vertrauensmänner sind das Rückgrat unserer Organisation

Zu dem Geschäftsbericht des Vorstandes für die seit dem 2. Gewerkschaftstag in Stuttgart abgelaufene Zeit sprach zunächst Kollege Otto Brenner über Organisations- und Tariffragen. Er ging zu Beginn seines Referates auf die Lohnkämpfe der letzten Jahre in der Metallindustrie ein und erklärte: „Unsere Lohnbewegungen, besonders die des abgelaufenen Jahres, unterscheiden sich wesentlich von denen früherer Jahre. Unterschiedlich ist die Art der Durchführung und unterschiedlich ist vor allen Dingen aber auch die Zielsetzung dieser Lohnbewegungen gewesen. Ich möchte daran erinnern, daß es zuerst galt, die vorhandenen Einstellplätze lohn-tariffmäßig zu binden. Dann war die Aufgabe zu versuchen, die Lohn- und Preisschere zu schließen und schließlich kam es darauf an, den Anteil der Arbeitnehmer dem gestiegenen Sozialprodukt anzupassen. Das ist das besondere Kennzeichen der Lohnbewegungen in der letzten Zeit.“



suchen, die Lohn- und Preisschere zu schließen und schließlich kam es darauf an, den Anteil der Arbeitnehmer dem gestiegenen Sozialprodukt anzupassen. Das ist das besondere Kennzeichen der Lohnbewegungen in der letzten Zeit.“

Kollege Otto Brenner setzte sich dann mit dem schroff ablehnenden Verhalten der Unternehmer gegenüber den Lohnforderungen der Gewerkschaften auseinander, die die Kampfkraft der IG Metall und ihrer Mittel völlig falsch eingeschätzt hätten. Anlage und Ablauf des letzten großen Kampfes in Bayern, so sagte Kollege Otto Brenner, hätten klar gezeigt, daß die Metallindustriellen in ihrem unerbittlichen Widerstand von zentraler Stelle aus gesteuert worden sind und den Auftrag hatten: Koste es der Wirtschaft, was es wolle, jegliche Lohnerhöhung ist zu unter-

Planvolle Investitionspolitik notwendig

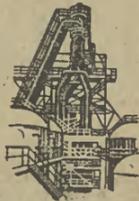
Über die Entwicklung der eisen- und stählerzeugenden Industrie in der Bundesrepublik und in der Montanunion berichtete Kollege Heinrich Sträter dem Gewerkschaftstag. Er stellte fest, daß im Jahre 1954 die Bundesrepublik mit einer Stahlproduktion von 17,5 bis 18 Millionen Tonnen rechnen könne und der zukünftige Rohstahlbestand der 6 Länder der Montanunion bei etwa 50 Millionen Tonnen liegen werde. Die Frage, die dabei besonders interessiert sei, wie die entsprechenden

binden. Mit den demagogischsten und skrupellosesten Mitteln hätte das Unternehmertum versucht, die Arbeitnehmerschaft und die öffentliche Meinung irrezuführen und zu täuschen und dadurch der Gewerkschaft eine Niederlage beizubringen. Aber unsere streikenden Kolleginnen und Kollegen haben sich nicht einschüchtern lassen.

Daran anschließend behandelte der Redner ausführlich organisatorische Fragen: Um das Gefüge unserer Organisation den Gegenwartsaufgaben noch besser anzupassen, sei der Aufbau und die Stellung des Vertrauenskörpers von ausschlaggebender Bedeutung.

Investitionen bei uns und bei den anderen Ländern durchgeführt wurden. Lediglich in der Bundesrepublik glaube man bis zur Stunde, Investitionsmaßnahmen ohne Einschränkung den privaten Unternehmern überlassen zu können. Als Folge davon seien eine ganze Reihe von Fehlinvestitionen zu verzeichnen. „Unsere Forderung“, so erklärte Kollege Heinrich Sträter wörtlich, „muß heute hier erneut sein, daß Investitionen nur planmäßig erfolgen dürfen, und daß eine entsprechende Einrichtung unter Beteiligung der Gewerkschaften zwingend notwendig ist, um Fehlleitungen nach Möglichkeit auszuschließen.“

Sodann ging der Referent auf die Eigentumsfrage ein. Er wies darauf hin, daß die schon auf dem Kongreß in München erhobene Forderung mit allem Nachdruck wiederholt und die eisenschaffende Industrie in Gemeineigentum überführt werden müsse und sagte unter großem Beifall der Delegierten: „Es war ja eine Zeitlang so, daß auch sehr große Kreise, die das heute wieder vergessen haben, mit uns einer Meinung waren. Ich brauche nur das Stichwort „Ablehner Programm“ zu sagen. Darin sind zum Teil noch viel weitgehendere Forderungen enthalten und ich will hoffen und wünschen, daß wir im Gewerkschaftslager alle einmütig sind und die Frage der Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum wieder in die öffentlichen Diskussionen bringen.“



Gewerkschaftsjugend hat sich bewährt

Über die gegenwärtigen Aufgaben der gewerkschaftlichen Schulung, der Erwachsenenbildung und über Probleme der Gewerkschaftsjugend referierte Kollege Alois Wöhrle. „Nur dann“, so sagte er u. a., „erfüllen die Gewerkschaften ihre Aufgabe am Steuerrad der Geschichte, wenn sie in der Erwachsenenbildung der ihr zugewiesenen Funktion gerecht werden.“

Kollege Alois Wöhrle wies darauf hin, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den vergangenen Jahren so manche Illusion auf sachliche, erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Unternehmervertretern zerstört hat. Deshalb sei die Heranbildung eines großen, guten Funktionärkörpers unserer Organisation die Aufgabe Nummer eins aller Schulungsarbeit geworden.



Sodann befaßte sich der Redner damit, den Delegierten des Gewerkschaftstages ein detailliertes Bild unserer Lehrgangsarbeit zu vermitteln und führte aus, daß auch, und gerade für unsere Jugendfunktionäre,

im Berichtszeitraum eine große Anzahl von Lehrgängen durchgeführt wurde.

Auf die Jugendarbeit unserer Gewerkschaft eingehend, verwies Kollege Wöhrle darauf, daß die Werbung jugendlicher Mitglieder große Erfolge gezeigt habe und daß die Jugend dort, wo immer es galt, Aktivität zu entwickeln, sich außerordentlich bewährt habe. So zum Beispiel sei vor allem in den Lohnkämpfen der letzten Wochen deutlich geworden, in welcher vorbildlicher Weise die Jugend in vorderster Front gestanden habe.

„Mit nie versagendem Mut und großer Bereitwilligkeit“, so sagte der Redner unter Beifall, „waren die Jugendlichen jederzeit zur Stelle, wo sie gebraucht wurden. Die Arbeit der vielen, vielen, die in Bezirken und Verwaltungsstellen mitgearbeitet haben, hat reichlich Früchte getragen. Bei der Größe dieser Aufgabe, wie wir sie erkennen, müssen wir sagen, daß das Erreichte erst ein Anfang ist. Eines aber können wir mit Stolz feststellen: daß das Wissen und das Können der Funktionäre, die Opferwilligkeit und der Elan unserer Jugend Meilensteine auf unserem Weg in eine bessere Zukunft sind!“

Die Öffentlichkeit gewinnen

Kollege Kuno Brandel machte in seinem Bericht über Presse, Film, Rundfunk und Werbung grundsätzliche Ausführungen über die Gestaltung unserer Zeitung. Er beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag, der die Umgestaltung unseres Organs zu einer Familienzeitschrift forderte. „Es ist natürlich gut“, so fuhr der Redner fort, „wenn sich unsere Kollegenschaft darüber Gedanken macht, wie ihr Gewerkschaftsorgan möglichst wirksam gestaltet werden kann. Und wahrscheinlich wurden die Antragsteller zu ihrem Antrag auch durch den zweifellos vorhandenen Erfolg der vielen Werkzeitschriften ermuntert. Nur, so glaube ich, übersehen diese Kollegen eines, nämlich, daß die Aufgabenstellung einer Werkzeitschrift und die einer Gewerkschaftszeitung zwei grundverschiedene sind.“

Die Werkzeitschriften, die heute in großer Zahl erscheinen, haben in ihrer Mehrheit die Aufgabe — und ich möchte sagen, die ganz bewußte Aufgabe —, das Interesse des Arbeiters und des Angestellten abzulenken von den großen sozialen Fragen, von den Problemen der Wirtschaftspolitik und sie hinzulenken zum Betrieb. Eine Gewerkschaftszeitung dagegen“, so sagte Kollege Brandel weiter, „hat die

Aufgabe, wenn sie überhaupt eine Daseinsberechtigung haben soll, das genaue Gegenteil davon anzustellen, nämlich das Interesse der Arbeiter und Angestellten für die Fragen der Gestaltung der Wirtschaft, für die sozialen Probleme zu wecken und ein möglichst starkes gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln.“

Kollege Kuno Brandel unterstrich, daß die Zeitung METALL nicht ohne Wirkung auf die Öffentlichkeit sei, das beweise am besten die Heftigkeit der gegen sie geführten Angriffe. Insbesondere bei der Abwehr der Gleichschaltungsbestrebungen im vorigen Jahre habe METALL die Unabhängigkeit der Gewerkschaften mit Entschiedenheit verteidigt.

Zur kommunistischen Kritik, daß METALL die Wahrheit über die beschämenden und empörenden Zustände in der Sowjetzone mitteile, müsse gesagt werden: „Die Zeitung METALL hätte ihre Pflicht größtlich verletzt, wenn sie die Rolle des FDGB und die Verhältnisse in der Sowjetzone nicht ständig mit äußerster Schärfe geißelt hätte.“

In der Werbefilmarbeit, so berichtete der Redner, seien ermutigende Anfänge gemacht worden. Jetzt gelte es, darauf weiterzubauen. Unter Beifall rief Kollege Brandel aus: „Dazu zwingt uns schon die Unternehmerpropaganda, die mit den raffiniertesten Methoden geführt wird.“



Wenn wir der Irreführung und der Vergiftung der öffentlichen Meinung mit Aussicht auf Erfolg begegnen wollen, die bekanntlich mehr und mehr in eine gewerkschaftsfeindliche Haltung gedrängt wird, dann müssen sich auch die Gewerkschaften der Waffe bedienen, die Öffentlichkeitswerbung heißt.“

Arbeiter und Angestellte gehören zusammen

Über die in der Industriegewerkschaft Metall organisierten Angestellten berichtete Kollege Heinz Dürrbeck. Der Redner setzte sich kritisch mit den jüngsten Bestrebungen der Bundesregierung auseinander, die, wie er betonte, über das Bundesministerium für den unselbständigen Mittelstand Einfluß auf die Angestellten zu nehmen gedanke. Diese Bemühungen, so sagte Kollege Dürrbeck, sollen die Angestellten von ihrer Gewerkschaft trennen. Auch das Wirtschaftsprogramm der FDP unterzog er einer scharfen Kritik, weil es vorsehe, den Facharbeiter ins Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Solche Bestrebungen sollten, so führte er weiter aus, den Arbeitnehmer noch mehr an den Betrieb fesseln, als das schon jetzt der Fall sei.

In diesem Zusammenhang — so sagte Kollege Dürrbeck — müsse man auch unser Verhältnis zu den wirtschaftsabhängigen Standesverbänden und zur DAG sehen und fuhr fort: „Bereits im Jahre 1951 hat die DAG durch ihren Vorsitzenden dem Herrn Bundeskanzler erklärt, sie beabsichtige nicht, Arbeitskämpfe zu führen, und bis in die jüngste Zeit hinein, namentlich in Bayern, ist die DAG bei kämpferischen Auseinandersetzungen der IG Metall in den Rücken

gefallen. Wir sind deshalb in unserer Meinung bekräftigt worden, und zwar als Vorstand und als Beirat der IG Metall, sich der Aufnahme der DAG in den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften nach wie vor auf das entschiedenste zu widersetzen. Man kann nicht internationale Solidarität verlangen, wenn man auf nationaler Ebene in den schwierigsten Situationen, nämlich im Kampf, den dem DGB angeschlossenen Industriegewerkschaften in den Rücken fällt.“

Anschließend ging der Redner auf die verhängnisvolle Rolle ein, die der DHV im Jahre 1933 spielte und sagte, daß es in diesem Zusammenhang bemerkenswert sei, wenn die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vor Jahresfrist an ihre Mitglieder die dringliche Empfehlung gegeben hat, den DHV für die Zukunft an allen Tarifabschlüssen für die Angestellten zu beteiligen.

Kollege Heinz Dürrbeck betonte sodann, daß es dringend notwendig sei, das auf dem 2. Bundesangestelltentag des DGB verabschiedete Aktionsprogramm zu verwirklichen.



Bedeutende Sozialleistungen unserer Organisation

Die vielfältigen Aufgaben der Gewerkschaften erfordern erhebliche Mittel, die ausschließlich aus den Beiträgen der Mitglieder zusammengetragen werden. Deshalb kommt dem Kassenbericht eine besondere Bedeutung zu, den Kollege Albert Kern dem Gewerkschaftstag erstattet hat. Er konnte den Delegierten berichten, daß der Durchschnittsbeitrag im Laufe der Berichtszeit um 16 Prozent gestiegen ist.

Anschließend kam Kollege Kern auf das Einzugsverfahren für die Mitgliedsbeiträge zu sprechen und wandte sich gegen die Auffassung, daß eine Beitragswahrheit nur in den Verwaltungsstellen erreicht werden könnte, in denen die Mitgliedsbeiträge unmittelbar vom Lohn einbehalten werden, und betonte, daß auch in einer Großzahl von Verwaltungsstellen, die den Lohnabzug nicht kennen, der Grundsatz „Wochenbeitrag gleich mindestens einem Stundenverdienst“ habe verwirklicht werden können. Kollege Kern forderte den

Beitragseinzug durch Unterkassierer oder Beitragskassierer in den Betrieben und erklärte: „Die Verbindung der Gewerkschaft zum Mitglied und dessen Familie ist dort gegeben, wo der Funktionär, der Hauskassierer, die Beiträge entgegennimmt.“

Welche bedeutenden Sozialleistungen unsere Organisation für ihre Mitglieder aufbringt, zeigen deutlich einige Zahlen aus dem Kassenbericht. Kollege Kern konnte darauf hinweisen, daß die Gesamtsumme der Krankenunterstützungen sich seit ihrer Einführung auf mehr als 34 Millionen DM beläuft. Er führt weiter aus: „Der prozentuale Anteil der ausgezahlten Krankenunterstützungen am Beitragsaufkommen betrug 15,7 Prozent im ersten Halbjahr 1954. Diese Zahlen sind ein treffender Beweis des Gedankens der Solidarität.“



Beträchtliche Summen für den sozialen Wohnungsbau

Auch für den sozialen Wohnungsbau hat die IG Metall beträchtliche Summen aufgebracht, die vorzugsweise Wohnungsbaugenossenschaften zugeflossen sind, die den Gewerkschaften nahestehen. Diese Tatsache hob Kollege Hermann Meiner in seinem Bericht über die Tätigkeit der Vermögensverwaltung unserer Organisation mit allem Nachdruck hervor.

Es ist nach wie vor eine der Hauptaufgaben der Vermögensverwaltung, so sagte Kollege Meiner, für die Errichtung von Gewerkschaftshäusern und die Schaffung besserer Büros für unsere Verwaltungsstellen zu sorgen; das ist notwendig, aber die wesentlichste Aufgabe ist die Rückführung des der Metallarbeiterorganisation vor 1933 geraubten Vermögens. Leider hat sich, so fuhr er fort, die Hoffnung auf eine Er-

ledigung aller noch ausstehender Rückerstattungsfälle nicht erfüllt. Eine erfreuliche Tatsache sei dagegen, daß die Rückerstattungskammern die Aktivlegitimation der IG Metall anerkennen und uns die tatsächliche Rechtsnachfolge der früheren Metallarbeiterorganisation nicht mehr bestreiten.

Kollege Meiner ging sodann auf die Maßnahmen ein, die die IG Metall getroffen hat, um ihren Mitgliedern preiswerte und landschaftlich schöngelegene Erholungsheime zu schaffen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang den Wiederaufbau des Reintaler Hofes und die Eröffnung eines neuen Erholungsheimes im Schwarzwald und berichtete ferner von Plänen zur Schaffung von besonderen Erholungsplätzen für die Jugend, die in Schliersee in Bayern, in Usseln an der hessisch-westfälischen Grenze, sowie in der Nähe von Kiel errichtet werden sollen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Von den in der Bundesrepublik beschäftigten Frauen entfällt ungefähr ein Fünftel auf die Metallindustrie. Über 180 000 davon sind in der Industriegewerkschaft Metall organisiert. Dabei sind die Frauen hauptsächlich in der sogenannten kleinen Industrie beschäftigt und es ergibt sich, daß sie zahlenmäßig gerade in den Zweigen der Metallindustrie am stärksten vertreten sind, die Exportaufträge ausführen. Aus diesen wenigen Zahlen, so betonte Kollege Wilhelm Petersen in seinem Bericht über die in der Industriegewerkschaft Metall organisierten Frauen, gehe die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit in der Industrie hervor und andererseits aber auch die Notwendigkeit einer verstärkten Werbung unter den weiblichen Arbeitnehmern.

Auf die Entlohnung der berufstätigen Frauen eingehend, erklärte Kollege Wilhelm Petersen: „Wer die Tarifpolitik unserer Gewerkschaft aufmerksam verfolgt, der wird zugeben müssen, daß unser Bestreben, das Ziel ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ zu erreichen, doch sichtbare

Erfolge aufzuweisen hat, womit wir allerdings noch lange nicht am Endziel angelangt sind. Wir können feststellen, daß in allen Tarifgebieten und bei allen Lohnbewegungen fortlaufend die Unterschiede zwischen dem Lohn der Frau und dem Männerlohn sichtbar und merkbar verringert werden konnte.“

Kollege Wilhelm Petersen behandelte sodann Fragen der Sozialpolitik, die ebenfalls in den Bereich seines Referates gehören und erklärte, daß der Gründungskongreß des DGB in München zwar ganz eindringlich die Beseitigung der Zersplitterung in der Sozialversicherung und dafür eine zweckmäßigere Organisation gefordert hätte, daß dieses Ziel aber bis heute noch nicht hätte erreicht werden können. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die Forderung der Gewerkschaften auf eine umgehende ausreichende Erhöhung der Sozialrenten.



Die Betriebsräte unterstützen

unerschrockene Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft!“

Unter Beifall rief der Kollege Fritz Strothmann zum Schluß aus: „Durch engsten Kontakt müssen wir zu einer größeren gewerkschaftspolitischen und organisatorischen Wirksamkeit kommen. Dies herbeizuführen, wird unsere Aufgabe in den nächsten zwei Jahren sein. Die Vorbereitungen der Betriebsratswahlen für 1955 müssen unter diesem Gesichtspunkt durch die gesammelte Kraft der Organisation vorbereitet und durchgeführt werden!“

Über die in der Industriegewerkschaft Metall organisierten Angestellten berichtete Kollege Heinz Dürrbeck. Der Redner setzte sich kritisch mit den jüngsten Bestrebungen der Bundesregierung auseinander, die, wie er betonte, über das Bundesministerium für den unselbständigen Mittelstand Einfluß auf die Angestellten zu nehmen gedanke. Diese Bemühungen, so sagte Kollege Dürrbeck, sollen die Angestellten von ihrer Gewerkschaft trennen. Auch das Wirtschaftsprogramm der FDP unterzog er einer scharfen Kritik, weil es vorsehe, den Facharbeiter ins Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Solche Bestrebungen sollten, so führte er weiter aus, den Arbeitnehmer noch mehr an den Betrieb fesseln, als das schon jetzt der Fall sei.



In diesem Zusammenhang — so sagte Kollege Dürrbeck — müsse man auch unser Verhältnis zu den wirtschaftsabhängigen Standesverbänden und zur DAG sehen und fuhr fort: „Bereits im Jahre 1951 hat die DAG durch ihren Vorsitzenden dem Herrn Bundeskanzler erklärt, sie beabsichtige nicht, Arbeitskämpfe zu führen, und bis in die jüngste Zeit hinein, namentlich in Bayern, ist die DAG bei kämpferischen Auseinandersetzungen der IG Metall in den Rücken

Gäste aus dem In- und Ausland

Im Namen der Ortsverwaltung Hannover und im Auftrag des Kreis-ausschusses Hannover des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßte Kollege Heinrich Menius die Delegierten und Gäste des Gewerkschaftstages auf das herzlichste und wies darauf hin, daß die Gewerkschaften, insbesondere aber die Metallarbeiterbewegung in ihrer Geschichte sehr eng mit Hannover verknüpft ist.

Der Bundespräsident und die Bundesregierung hatten den

**Bundesminister für Arbeit,
Anton Storch,**

als Vertreter entsandt. Der Minister erklärte unter großem Beifall der Delegierten in seiner Begrüßungsansprache u. a. folgendes: „Wir sollten aus der Vergangenheit viel lernen, und auch die Weimarer Zeit war für die Gewerkschaften eine Zeit, die sie heute nicht vergessen sollten. Damals hatten wir eine sehr weitgehende staatliche Schlichtungsordnung... das war eine sehr gefährliche Entwicklung und hat nachher im Jahre 1933 den Zwang zum Treuhänder der Arbeit vorbereitet. Ich darf hier auf Ihrer Tagung sagen: „So lange ich Arbeitsminister bin, gibt es kein Antistreibgesetz oder ähnliche Gesetze. Das sind Grundrechte, die der Arbeiterschaft durch das Grundgesetz gesichert sind und wir wollen an diesem Grundsatz nichts ändern.“

An diese Worte schloß der

**Niedersächsische Sozialminister
Heinrich Albertz,**

an, der die Willkommensgrüße der niedersächsischen Landesregierung überbrachte, und sagte: „Wir sind dem Kollegen Storch sehr dankbar dafür, daß der Staat nicht der Herr der Gewerkschaften ist, nur möchte ich das nach einer Richtung hin ergänzen und erläutern: „Bei dem inflationistischen Gebrauch des Wortes Freiheit würde ich mich freuen, wenn in diesen Begriff Freiheit bei einigen unserer Bürger und auch unserer prominenten und verantwortlichen Bürgern, die Gewerkschaften etwas mehr einbezogen würden und nicht jedesmal, wenn von dieser Seite her ein freies Wort gesprochen wird oder eine freie Tat geschieht, sofort nach dem Staatsanwalt oder den Polizisten gerufen wird.“

Im Anschluß daran überbrachte

**Oberbürgermeister
Wilhelm Weber**

die herzlichsten Grüsse und Glückwünsche der Landeshauptstadt Hannover und betonte in seinen Ausführungen, daß die arbeitende Bevölkerung nach 1945 einen ganz entschiedenen Einfluß auf die Geschichte Hannovers genommen habe und die Stadt in ihrer gesamten Entwicklungsarbeit dabei nicht schlecht gefahren sei.

Für unsere Berufsinternationale, den Internationalen Metallarbeiterbund, sprach Kollege

Henri Svenson (JMB)

dem Kongreß die besten Glückwünsche für seine Arbeit aus. Er sagte in seiner Begrüßungsansprache unter anderem folgendes: „Die Gewerkschaftsbewegung ist die Trägerin einer alten Tradition. Wohl muß sie sich ständig an neue Verhältnisse anpassen, doch zu neun Zehnteln besteht die gewerkschaftliche Arbeit aus tagtäglicher methodischer Kleinarbeit. In den hochindustrialisierten Ländern ist die Gewerkschaftsbewegung zu einer aus dem Leben nicht mehr wegzudenkenden Institution geworden und steht damit zwangsläufig mitten in all dem komplizierten Problem unserer Zeit, die wohl nicht ohne Herz, aber auch nicht ohne kühlen Verstand gelöst werden können...“

Im Auftrage der auf dem Kongreß anwesenden britischen Delegierten überbrachte Kollege

Carron (England)

die Grüsse der britischen Metallarbeiterschaft. Er gab ihrer Bewunderung Ausdruck für die so erfolgreich durchgeführte Streikbewegung in Bayern und erklärte: „Wir in meiner Gewerkschaft waren außerordentlich interessiert an dem Kampf, in den Sie verwickelt waren, um den Lebensstandard des deutschen Metallarbeiters zu heben... Gegen Ende des letzten Jahres und in den ersten Monaten dieses Jahres haben wir in den Schiffbau- und Maschinenbauindustrien Großbritanniens eine Politik ähnlich Ihrer verfolgt.“

Unsere Forderungen wurden von den Unternehmern zurückgewiesen, und soll ich Ihnen erzählen, was die Gründe waren, unsere Forderungen abzulehnen und uns die Lohnerhöhungen nicht zuzubilligen? Ich kenne nicht alle Einzelheiten Ihrer Lohnschwierigkeiten. Aber die Information, welche wir haben, war, daß die Antwort der Unternehmer an Sie in der Metallindustrie in

Deutschland fast genau die gleiche war, wie die, welche den Gewerkschaftern Großbritanniens gegeben wurde. Niemand auf diesem Kongreß ist überrascht über die kapitalistische Arbeitsweise, die natürlich überall dieselbe sein muß, wo dieses System existiert und durch lange Jahre erfolgreich betrieben wurde.“

Im Namen des schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes überbrachte anschließend Kollege

Wüthrich (Schweiz)

die Grüsse seiner Organisation und führte dabei unter anderem aus: „Wenn wir Ihrer Einladung Folge geleistet haben, so ist das nicht nur ein Höflichkeitsbesuch, sondern unsere Organisationen verbinden ja jahrzehntelang freundschaftliche Bande. Diese Bande bestanden schon vor dem zweiten Weltkrieg, und es ist für uns immer eine Freude, in Ihr Land zu kommen, um an Ihrer Arbeit teilnehmen zu können und für uns selber Kraft zu schöpfen für unsere Aufgaben zu Hause...“

Im Namen der 220 000 österreichischen Metallarbeiter überbrachte Kollege

Geiger (Österreich)

dem Kongreß herzlichste Worte der Begrüßung. Von wiederholtem Beifall unterbrochen sagte er: „Lassen Sie mich daran erinnern, daß der Aufstieg und der Fortschritt der arbeitenden Menschen stets im Zeitpunkt der Einigkeit gelegen ist. Niemals ist die Arbeiterschaft vorwärtsgekommen, als sie gespalten war. Das wissen wir am besten.“

Die Grüsse der Bruderorganisationen in den Beneluxländern Belgien, Holland und Luxemburg überbrachte Kollege

Mage (Belgien)

der französisch sprach und dessen Rede anschließend ins Deutsche übersetzt wurde. Kollege Mage rief den Delegierten zu: „Ich sehe von hier aus das Motto Eures Gewerkschaftstages: ‚Wir kämpfen für einen höheren Lebensstandard‘, ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ und ‚40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich‘. Diese Worte enthalten das ganze Programm. Sie sind auch die unseren, denn sie geben uns die Kraft, gleichzeitig an zwei Fronten zu kämpfen: Gegen den nationalen und internationalen Kapitalismus und gegen den Kommunismus sowie gegen andere Totalitarismen, die in einer Welt der Arbeiter nicht weiter existieren können.“

Ivar Norén (Schweden)

der nicht nur für seine eigenen Landsleute sprach, sondern auch die Grüsse der Kollegen in den anderen nordischen Ländern überbrachte, führte unter großem Beifall der Delegierten u. a. folgendes aus: „In den nordischen Ländern haben wir schon seit langer Zeit gut aufgebaute, effektiv arbeitende und einflußreiche Gewerkschaften. Wir wissen aber sehr gut, daß die Voraussetzungen für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Tätigkeit in unseren Ländern auch von den Verhältnissen in anderen Ländern von der Stärke und der Aktivität der dortigen Gewerkschaften abhängig ist...“

Für die Stahlarbeiter der Vereinigten Staaten sprach Kollege

Bernstein (USA)

zu den Delegierten des Kongresses. Er führte folgendes aus: „Die Tatsache, daß Ihr einen harten Schlag durchführen müßtet, um eine Lohnerhöhung, die eine Selbstverständlichkeit hätte sein sollen, zu erwirken, ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitgeber in der ganzen Welt dieselben sind. Auch wir müssen ab und zu, gewöhnlich alle drei Jahre, Kampfmaßnahmen ergreifen, um unseren Verhandlungspartnern ein bißchen Vernunft beizubringen. Das Endergebnis sind die anständigen Löhne und Arbeitsbedingungen, u. a. gleicher Lohn für gleiche Leistung und 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, sowie Demokratie auf dem wirtschaftlichen als auch auf dem politischen Gebiet. So wird es auch bei Euch in Deutschland sein.“

Die saarländischen Metallarbeiter hatten den Kollegen

Rauch (Saarland)

beauftragt, zum Kongreß zu sprechen und ihm ihre brüderlichen Grüsse zu übermitteln. Auch Kollege Rauch ging, wie fast alle anderen Gäste des Gewerkschaftstages, mit Worten der Bewunderung auf den erfolgreichen Kampf der bayerischen Metallarbeiter ein. Er sagte: „Sie haben durch Ihren Kampf und durch Ihren Sieg bewiesen, daß die Arbeitnehmerschaft durch Kampf noch etwas erreichen kann. Sie haben aber auf der Gegenseite auch gezeigt, daß die Arbeitnehmerschaft sehr wohl noch in der Lage ist, einen Kampf zu führen. Wir sind von Herzen unseren deutschen Kameraden deswegen dankbar.“

Anschließend nahm der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes,

Walter Freitag,

das Wort und überbrachte außer den Grüßen des Vorstandes des DGB auch die der Gewerkschaften der Landesorganisation von Niedersachsen. In seinen Ausführungen gab Kollege Walter Freitag zunächst seiner Freude Ausdruck über die Anerkennung, die der Lohnkampf in Bayern und sein erfolgreicher Ausgang in den Begrüßungen der Gäste des Kongresses gefunden habe und fuhr dann fort: „Die Gewerkschaft hat vor allen Dingen eine Forderung zu stellen, und das ist die, daß Deutschland endlich wieder vereint wird.“

Alfred Nau,

Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei, sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a.: „Die zwischen den Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratie bestehende Freundschaft ist historisch, im gemeinsamen Erlebnis der Arbeiterbewegung tief verwurzelt. Dabei soll nachdrücklichst und gerade an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang betont werden, daß die Sozialdemokratische Partei die politische Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften respektiert.“

Lohnforderungen und Streiks sind die Reaktionen auf ungerechte Verteilung des Sozialproduktes. Sie sind nichts anderes als ein Versuch, den sozialen Ausgleich aus eigener Kraft der Arbeitnehmer dort zu erreichen, wo Staat und Gesellschaft ihre Pflicht gegenüber den wirtschaftlich abhängigen Schichten versäumen. Der Staat, der dieses soziale Ventil verstopft, der im Wege gesetzlicher Regelung und mit den Mitteln staatlicher Macht die einzige Möglichkeit wirtschaftlicher und sozialer Interventionen der arbeitenden Menschen, den Streik, verbietet, dokumentiert klar seine Entwicklung zum totalitären System. Ich darf dem Kongreß versichern, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den Gewerkschaften bei der Abwehr dieser Bedrohung der freiheitlichen gewerkschaftlichen Tätigkeit eine verlässliche und tatbereite Kampfgefährtin sein wird.“

Bis zum Abschluß des ersten Kongreßtages übersandte eine ganze Reihe geladener Gäste, die persönlich an dem Kongreß nicht teilnehmen konnten, Begrüßungsschreiben, so der Präsident der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft, Walter P. Reuther, der Präsident der Internationalen Metall-Worker-Federation für England, Harry Douglas, sowie Kollege Franco Volonte für die italienischen Metallarbeiter. Aber

Rege Diskussion zum Geschäftsbericht

Die Beratungen des Gewerkschaftstages wurden am 14. und auch am 15. September mit einer ausführlichen Diskussion der Delegierten zu dem am 14. September erstatteten Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt.

Kampf für 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!

Viele der 27 Diskussionsteilnehmer wandten sich der gewerkschaftlichen Forderung auf Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu und unterstrichen, daß der Kampf um die Durchsetzung dieser Forderung schnellstens vorbereitet werden müsse.

Es müsse mit Schrecken festgestellt werden, so wurde in der Diskussion gesagt, daß die Zahl der kranken und invaliden Kollegen von Jahr zu Jahr sprunghaft ansteigt; die Verkürzung der Arbeitszeit sei deshalb eine ebenso dringliche Forderung wie die nach einer Verminderung des Arbeitsstempes.

Auf die letzten großen Lohnkämpfe eingehend, die der IG Metall von den Unternehmern aufgezwungen worden sind, wurde von zahlreichen Rednern betont, daß es jetzt gelte, diesen Kampfwillen zu erhalten und zu steigern. Das sei — so wurde einhellig zum Ausdruck gebracht — eine vordringliche Aufgabe unserer Gewerkschaftsarbeit. Neben dem, was zur Frage der Lohnkämpfe gesagt wurde, stand auch die Diskussion um das Aktionsprogramm. Es wurde mehrfach betont, daß sich gewerkschaftliches Bewußtsein nur im Kampf entwickeln könne und daß ein Aktionsprogramm uns allen eine Zielsetzung geben müsse, an der sich die künftige Gewerkschaftsarbeit orientieren könne.

Auch Kassenfragen, Sozialpolitik und Frauenprobleme wurden ausgiebig erörtert. Ein Redner wies auch auf gefährliche Entwicklungen bei einigen bayerischen Arbeitsämtern hin. Es werde — so sagte er — von den Metallarbeitern, die am Streik in Bayern beteiligt waren, heftige



Schnappschüsse vom Gewerkschaftstag in Hannover

nicht nur die ausländischen Kolleginnen und Kollegen bezeugten ihren Anteil an unserem Gewerkschaftstag, sondern auch eine Reihe der deutschen Gewerkschaften hatten Grußtelegramme gesandt: Die Industriegewerkschaft Druck und Papier, der Vorsitzende des Landes-

bezirks Nordrhein-Westfalen, Kollege Heinrich Hansen, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung und Genuß, Kollege Hans Nätischer, der Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung.

Klage darüber geführt, daß auf Grund einer Verfügung, nach der Teilnahme am Streik „Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses“ bedeute, keine Unterstützung gezahlt, sondern offensichtlich Unterstützung eingesparrt werde. „Das ist“, so rief der Diskussionsredner aus, „ein Anschlag auf die Rechte der Versicherten und offene Parteinahme für die Unternehmer!“ Er forderte mit Nachdruck, die IG Metall solle — auch über die Bundesanstalt — alles tun, um diese reaktionäre Verordnung rückgängig zu machen.

Mehrere Redner beschäftigten sich mit den im Geschäftsbericht des Vorstandes unterbreiteten Vorschlägen für neue Wege und neue Methoden in der Presse-, Film-, Werbe- und Rundfunkarbeit der Industriegewerkschaft Metall. Es gelte, so wurde immer wieder betont, der mit großen Geldmitteln und viel Raffinesse geführten Unternehmerpropaganda eine eigene wirkungsvolle Werbung entgegenzusetzen. Man müsse feststellen, daß dazu gute Ansätze vorhanden seien.

Im weiteren Verlauf der regen Debatte über den Geschäftsbericht wurde u. a. auch unter Bezugnahme auf die besonders schwierigen Arbeitsbedingungen der Montagearbeiter die Versteuerung der Schmutz-, Höhen- und Gefahrenzulage kritisiert und deren Herausnahme aus der Lohnsteuer verlangt, da sie nur ein Entgelt seien für die Gefahren, denen die Kollegen in ihrem Beruf ausgesetzt sind.

Auch den aktuellen Problemen der Mitbestimmung, der Montanunion sowie denen der Schulung und der Jugendarbeit unserer Organisation galten zahlreiche Diskussionsbeiträge. Sehr oft wurde betont, daß sich gerade die Jugend während der letzten großen Arbeitskämpfe vorbildlich verhalten und überall bewährt habe.

Zum Betriebsräteswesen und zur Angestelltenpolitik unserer Gewerkschaft ist ebenfalls in mehreren Reden ausführlich Stellung genommen

worden. Zur Angestelltenfrage wurde unter Beifall u. a. gesagt, daß es nicht möglich sei, die Angestellten von der IG Metall zu trennen. Wir alle müßten, so wurde betont, dahin wirken, daß wir eine Industriegewerkschaft bleiben wollen, zu der nun einmal die Angestellten gehören.

Nach der ausführlichen Diskussion hielt Kollege Otto Brenner für den Vorstand das Schlußwort.

Bayern sollte Modellfall dafür werden, wie man in Zukunft die organisierte Arbeiterschaft auf die Knie zu zwingen gedenkt. Aber man hat sich darin gründlich getäuscht, erklärte er unter dem Beifall der Versammlung. Auf den Vorwurf der „Streikwürdigkeit“ der IG Metall, der in der Öffentlichkeit von gewissen Kreisen in der letzten Zeit häufig erhoben worden ist, erklärte Otto Brenner: „Der Streik ist für uns nur das letzte Mittel des Lohnkampfes, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Aber als solches müssen wir es immer in Bereitschaft haben.“

Auf die These 37 des Programms der KP (die von den KP-Mitgliedern die bedingungslose Befolgung der Anweisungen der KP-Führung für ihre Arbeit in den Gewerkschaften verlangt) eingehend, sagte Kollege Otto Brenner: „Es wäre Selbstmord gewesen, von den Mitgliedern unserer Gewerkschaft, die der KP angehören, nicht die Ablehnung der These 37 zu verlangen. Wer sie nicht ablehnt, kann nicht Funktionär in unserer Organisation sein. Die Beschlüsse des Vorstandes, des Beirates und des letzten Gewerkschaftstages waren richtig und wir würden uns selbst aufgeben, würden wir sie nicht anwenden.“ Der Vorstand der IG Metall hat — wie bekannt — einer großen Zahl von KP-Mitgliedern Reserve vorgelegt, in denen von ihnen verlangt war, die These 37 abzulehnen. Diejenigen, die sich weigerten, wurden ihrer Gewerkschaftsfunktionen enthoben.

(Der Bericht über die Diskussion wird fortgesetzt)

RALPH ELLISON:

Mein erster Arbeitstag

Der amerikanische Negerschriftsteller Ralph Ellison, dessen Roman „Unsichtbar“ vor kurzem im S. Fischer Verlag erschien und in der literarischen Welt besonderes Aufsehen erregte, befindet sich auf einer Vortragsreise durch Deutschland.

„Okay“, sagte der Mann, „ich kann Sie gebrauchen. Wie heißt er?“ Der Junge las meinen Namen auf der Karte. „Gut“, sagte der Mann. „Sie können gleich anfangen! Und Sie“, sagte er zu dem Jungen, „verschwinden Sie schleunigst, sonst zeige ich Ihnen mal, was eine richtige Arbeit ist!“

Kimbros, der rot geworden war, wandte sich zu mir. „Kommen Sie mit!“ Ich folgte ihm in den langen Raum, in dem die Farben unter beifertigen Schildern, die von der Decke herabhängten, auf dem Fußboden standen. Im Hintergrund sah ich zwei Männer schwere Eimer von einem Lastwagen laden und sie in Reih und Glied auf eine niedrige Laderampe stellen.

„Passen Sie gut auf!“ sagte Kimbro verdrießlich. „In dieser Abteilung gibt's viel zu tun, und ich habe keine Zeit, alles zweimal zu sagen. Sie arbeiten genau nach Vorschrift und haben hier allerlei zu tun, von dem Sie nichts verstehen! Deshalb hören Sie von vornherein genau zu! Sie tun einfach genau, was ich sage Verstanden?“

Ich nickte. Ich bemerkte, daß seine Stimme lauter wurde, sobald die Männer im Hintergrund in ihrer Arbeit aufhörten und lauschten. „Gut“, sagte er und ergriff ein paar Werkzeuge. „Kommen Sie mit!“

„Das ist Kimbro“, sagte einer der Männer. Ich sah, wie er sich niederkniete, einen der

Eimer öffnete und in einer milchigen Masse herührte. Ein ekliger Gestank war die Folge. Ich wäre am liebsten beiseite getreten. Aber er rührte weiter, bis die Masse glänzend weiß wurde, hielt den Spachtel wie ein kostbares Instrument und betrachtete die Farbe, wie sie von der Klinge in den Eimer tropfte. Kimbro krauste die Stirn.

„Die verfluchten Esel im Labor! In jeden Eimer muß Lack rein. Und das besorgen Sie! Um 11.30 Uhr muß die Arbeit fertig sein, dann werden die Eimer verladen.“ Er gab mir ein Emailgefäß mit einer Gradskala und dann noch etwas, das wie ein Hydrometer aussah. „Sie öffnen jeden Eimer und gießen zehn Tropfen von diesem Zeug rein!“ sagte er. „Und dann rühren Sie, bis es verschwunden ist! Ist das geschehen, nehmen Sie diesen Pinsel und machen hierauf einen Probestrich!“ Er nahm eine Anzahl rechteckiger, kleiner Schildchen und einen kleinen Pinsel aus der Tasche. „Verstanden?“

„Ja.“ Aber als ich dann in das weiße Gefäß blickte, zögerte ich. Die Flüssigkeit, die es enthielt, war pechschwarz. Wollte der Mann mich anschmieren? „Stimmt was nicht?“ fragte er. „Ich weiß nicht... Ich meine... Ich will nicht gleich mit dummen Fragen anfangen, aber wissen Sie, was das Gefäß enthält?“ Seine Augen schossen Blitze. „Natürlich weiß ich das. Tun Sie, was ich Ihnen gesagt habe!“

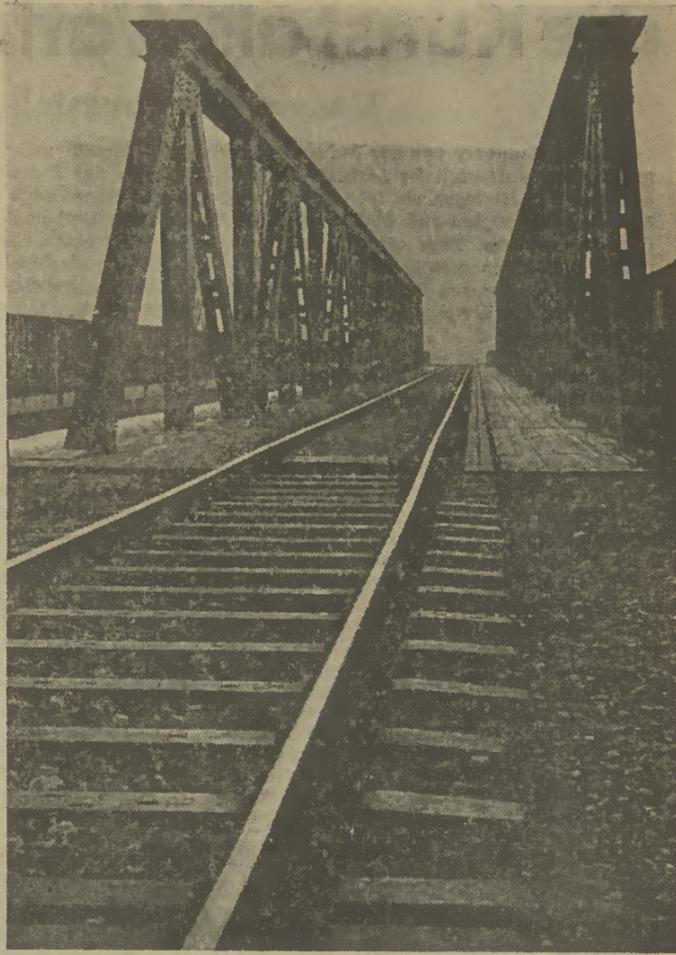
„Ich wollte mich nur vergewissern.“

„Passen Sie auf“, sagte er und atmete betont langsam, als wollte er mir zeigen, wie geduldig er war. „Nehmen Sie den Tropfenzähler und füllen Sie ihn! Los!“ Ich füllte den Tropfenzähler. „Und nun geben Sie zehn Tropfen in die Farbe! So. Aber nicht zu schnell! Genau zehn, nicht mehr und nicht weniger.“ Langsam zählte ich die zehn blauen Tropfen, sah sie auf der Oberfläche liegen, noch schwärzer werden und dann auf einmal zerfließen. „So ist's richtig. Weiter brauchen Sie nichts zu tun. Wie das aussieht, das geht Sie nichts an. Das lassen Sie meine Sorge sein. Tun Sie, was ich Ihnen gesagt habe; darüber nachzudenken, brauchen Sie nicht! Wenn Sie fünf, bis sechs Eimer fertig haben, sehen Sie nach, ob die Proben trocken sind! Und nun mal dalli! Das Zeug muß mit dem Zug 11.30 Uhr nach Washington...“

Ich arbeitete schnell, aber sorgfältig. Ein Mann wie Kimbro verlangte genaueste Arbeit, sonst gab's Krach. Also nachdenken durfte ich nicht! Der Teufel sollte den Kerl holen! Diesen rothalsigen, aufgeblasenen Kerl aus dem Norden, diesen blöden Yankee. Ich rührte die Farben gründlich, machte den Probestrich auf die Schildchen und bemühte mich, daß einer wurde wie der andere.

Während ich einen verklebten Deckel zu öffnen versuchte, dachte ich, ob man diese Liberty-Farben auch in der Schule verwenden würde oder ob dieses „Optische Weiß“ nur für die Regierung hergestellt wurde. Vielleicht war es bessere Qualität, eine Spezialmischung. Und im Geist sah ich die sauberen, frisch gestrichenen Häuser meiner früheren Schule, wie sie an einem Frühlingmorgen aussahen — nach dem Herbstanstrich und dem leichten Winterschnee und darüber wandernde Wolken und am Himmel einen fliegenden Vogel —, eingerahmt von Bäumen und kletterndem wildem Wein. Die Gebäude waren immer besonders eindrucksvoll gewesen, weil sie regelmäßig gestrichen wurden. Die Häuser und Hütten in der Nähe wurden nicht gestrichen und zeigten bald das stumpfe, gemaserte Grau verwitterten Holzes. Und ich erinnerte mich, daß manche Bretter stellenweise von Wind, Sonne und Regen aus der allgemeinen Maserung gelöst wurden und die Schindeln glatt waren und glänzten wie der Silberfisch. Wenn man, dachte ich, den Schlag des Herzens und die Erinnerung auf das Tempo der schwarzen Tropfen einstellen könnte, die so langsam in den Eimer fielen und doch so schnell reagierten, dann wäre das wie eine Sequenz in einem wilden Traum.

Eine
Komposition
aus Stahl
und Eisen,
aus Hell,
Dunkel
und lichten
Linien



Ich war derart mit meinen Gedanken beschäftigt, daß ich Kimbros Kommen überhörte.

„Geht's voran?“ sagte er und stemmte die Hände in die Hüften. „Ganz gut.“ „Zeigen Sie mal!“ sagte er. Er nahm eines der Schildchen und strich mit dem Daumen darüber. „Richtig, so weiß wie George Washingtons Sonntagsperücke und so kräftig wie der allmächtige Dollar. Das ist Farbe!“ sagte er stolz. „Das ist Farbe, die alles deckt.“ Er sah mich an, als hätte ich einen Zweifel geäußert, und schnell sagte ich: „Sie ist wirklich weiß.“

„Weiß! Das reinste Weiß, das es gibt. Kein Mensch kann weißeres Weiß herstellen. Diese Partie ist für ein nationales Denkmal bestimmt.“ „So“, sagte ich beeindruckt. Er sah auf die Uhr. „Feste weiter!“ sagte er. „Ich muß mich beeilen, muß noch in die Konferenz der Herstellungsabteilung. Sie haben ja kaum noch Lack. Gehen Sie gleich ins Lager und füllen Sie nach! Aber verdrödeln Sie keine Zeit! Ich muß jetzt gehen.“ Er ging, ohne mir zu sagen, wo das Lager war. Es war schnell gefunden, aber mit so vielen Tanks hatte ich nicht gerechnet. Sieben Tanks, und jeder war mit einem anderen, geheimnisvollen Zeichen versehen. Das sieht Kimbro ähnlich, läuft weg, ohne mir was zu sagen, dachte ich. Sie sind sich alle gleich. Aber schadet nichts. Nach dem Inhalt der Tropfkanne am Hahn weiß ich, was im Faß ist. Während die ersten fünf Fässer helle Flüssigkeiten enthielten, die wie Terpentin rochen, enthielten die beiden letzten etwas Schwarzes, das wie der Lack aussah, aber die Aufschriften waren verschieden. Ich mußte also meine Wahl treffen. Ich wählte das Faß, dessen Tropfkanne am meisten wie der Lack roch, füllte das Gefäß mit der Skala und freute mich, daß ich nicht zu warten brauchte, bis Kimbro zurückkehrte.

Die Arbeit ging mir jetzt schneller von der Hand, das Mischen war leichter. Schneller kamen die Farbstoffe und die schweren Öle vom Boden, und als Kimbro zurückkam, arbeitete ich mit Volldampf. „Wieviel haben Sie fertig?“ fragte er. „Ungefähr fünfundsechzig, ich habe nicht genau gezählt.“ „Allerhand, aber noch nicht schnell genug. Man drängt schon, daß das Zeug hier rauskommt. Ich helfe Ihnen.“ Man hat ihm die Hölle heiß gemacht, dachte ich, während er niederkniete und die Deckel von den Eimern entfernte. Aber er

hatte kaum angefangen, als er schon wieder abgerufen wurde.

Als er fort war, warf ich einen Blick auf die Probestriche, und ich dachte, mich rührte der Schlag: Anstatt der glatten, harten Fläche der ersten zeigten sie eine klebrige Schicht, durch die ich die Maserung des Holzes sehen konnte. Was, du lieber Gott, war passiert? Die Farbe war nicht so weiß und glänzend wie bisher, sie hatte einen Strich ins Graue. Ich rührte sie kräftig um, nahm dann einen Lappen, säuberte die Schildchen und versah sie aus jedem Eimer mit einem neuen Strich. Hoffentlich war ich damit fertig, bevor Kimbro zurückkam. Ich arbeitete fieberhaft und schaffte es auch. Da es aber ein paar Minuten dauerte, bis die Farbe trocken war, nahm ich zwei fertige Eimer und trug sie auf die Laderampe. Ich stellte sie gerade dröhnend nieder, als ich hinter mir eine Stimme hörte. Es war Kimbro. „Verdammte Schweinerei!“ schrie er und strich mit dem Finger über die Schildchen mit dem Probestrich. „Das Zeug ist ja noch feucht.“ Ich wußte nicht, was ich antworten sollte. Er versuchte es bei mehreren der letzten Proben. Sie schmierten alle noch. Er stöhnte. „Nun auch das noch! Erst nimmt man mir meine guten Leute weg, und dann schickt man mir, so einen wie Sie. Was haben Sie gemacht?“

„Was Sie mir gesagt haben“, verteidigte ich mich. Ich sah, daß er in das Gefäß mit der Skala blickte, den Tropfenzähler hochhob und an ihm roch. Sein Gesicht glühte vor Wut. „Wer hat Ihnen das gegeben?“ Ich sagte: „Niemand.“ Er schrie: „Woher haben Sie das?“ „Aus dem Lager.“ Plötzlich sauste er los nach dem Lager, verschüttete im Laufen die Flüssigkeit. Ich dachte nur, du lieber Gott, und bevor ich ihm noch folgen konnte, kam er schon wieder zurück. „Das falsche Faß“, schrie er. „Wollen Sie etwa die Gesellschaft kaputt machen? Es ist Entfärber. Konzentrierter Entfärber. Kennen Sie denn die Unterschiede nicht?“

„Nein. Es sah genau so aus wie das andere. Ich hatte keine Ahnung, und Sie haben mir auch nichts gesagt. Ich wollte Zeit sparen und nahm, was ich für das Richtige hielt.“ Und er schrie wieder: „Aber warum ausgerechnet das?“ Ich begann: „Weil es genau so roch...“ „Roch!“ brüllte er. „Wissen Sie denn nicht, daß man bei dem Gestank hier nicht ordentlich riechen kann? Kommen Sie mit in mein Büro!“ Ich wußte nicht, ob ich protestieren oder ihn um gerechte Behandlung bitten sollte. Es war nicht meine Schuld, und ich wollte den Tadel nicht auf mir sitzen lassen, vor allem aber wollte ich diesen ersten Tag durchhalten. Wütend folgte ich ihm und hörte, wie er die Personalabteilung anrief.

„Hallo! Mac? Hier Kimbro. Es handelt sich um den Kerl, den Sie mir heute morgen geschickt haben. Soll sich bei Ihnen seinen Lohn holen... Was er gemacht hat? Er kann nichts, und das genügt. Seine Arbeit gefällt mir nicht. Der Alte will einen Bericht? Dann machen Sie den! Sagen Sie ihm, der Kerl hätte eine ganze Lieferung für die Regierung versaut. Nein, sagen Sie das lieber nicht... Hören Sie mal, Mac, haben Sie nicht einen andern... Okay, schon gut.“

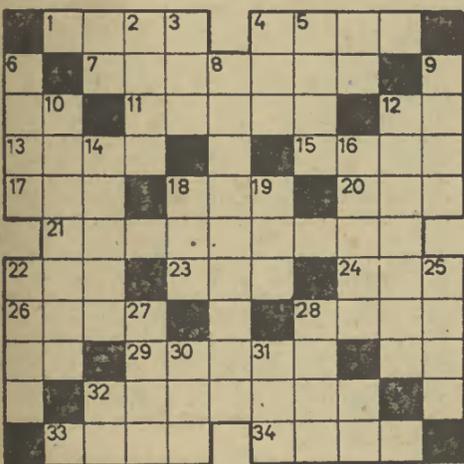
Er knallte den Hörer auf die Gabel und drehte sich zu mir. „Möchte nur wissen, weshalb die immer solche Esel einstellen. Sie gehören nicht in die Farbenfabrik. Machen Sie, daß Sie fortkommen! Suchen Sie sich eine andere Beschäftigung!“

Ich war verwirrt und wütend und ärgerte mich, daß ich das falsche Faß gewählt hatte. Aber es war nun nichts mehr zu machen. Und so ging ich weg.

Unser Kreuzworträtsel

Waagrecht: 1. Vertrag, 4. Märchengestalt, 7. Gerichtsverfahren, 11. weiblicher Vorname, 13. Schwermetall, 15. altes nordisches Blasinstrument, 17. Senkblei, 18. flüssiges Fett, 20. alkoholisches Getränk, 21. Apothekerkunst, 22. Lebensbund, 23. Sportschlitten, 24. türkischer Titel, 26. sibirischer Strom, 28. spanischer Frauennamen, 29. Erdteil, 32. Hauptstadt von Westflandern, 33. Futtermittel, 34. Zahlungsmittel.

Senkrecht: 1. Hebevorrichtung, 3. Lebensende, 4. nordische Göttin der Unterwelt, 5. Lasttier, 6. männlicher Vorname, 8. feierliche Handlung, 9. Lebenshauch, 10. Weissager, 12. bedeutender niederländischer Maler, 14. europäische Hauptstadt, 16. Teufel, 18. Badeort im Spessart, 19. Ferment, 22. nordisches Huftier, 25. Obdach, Unterkunft, 27. linker Nebenfluß des Rheins in der Schweiz, 28. weiblicher Vorname, 30. französischer Romanschriftsteller (1804-1857), 31. Stadt in Vorarlberg.



Auflösung aus METALL Nr. 18

Waagrecht: 1. Rampe, 4. Agent, 8. Otto, 9. Alar, 10. Limes, 12. Oma, 14. Aas, 15. Arm, 18. Traktat, 21. Ton, 23. Ast, 24. Alt, 26. Ideal, 28. Tour, 29. Oder, 30. Enkel, 31. Stadt.

Senkrecht: 1. Robot, 2. Atom, 3. Pol, 5. Gas, 6. Narr, 7. Tramp, 11. Markise, 13. Altan, 15. Aetna, 16. Uri, 17. Hai, 19. Stute, 20. Start, 22. Ozon, 25. Lied, 26. Ire, 27. Lot.

30 Jahre Büchergilde Gutenberg

Vor 30 Jahren, am 28. August 1924, gründeten in Leipzig die Delegierten des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker auf Vorschlag ihres Vorsitzenden, Bruno Dreßler, die Büchergilde Gutenberg. „Bücher voll guten Geistes und von schöner Gestalt“ sollte sie — wie es im Gründungsauftrag heißt — drucken und für wenig Geld den Berufskollegen zugänglich machen.

Die Berufung auf Gutenberg zeigte das Streben nach sauberer handwerklicher und künstlerischer Arbeit schon im Namen. Die stattliche Reihe von mehr als 1000 Buchtiteln, die die Büchergilde in den dreißig Jahren in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich veröffentlicht hat und bei deren Ausstattung die bedeutendsten Buchkünstler und Illustratoren beteiligt waren, sind ebenso viele Beispiele edler Buchkunst. Wenn die Büchergilde auch so große Sorgfalt auf die Buchausstattung verwandte, daß regelmäßig einige ihrer Bücher unter den von der deutschen Buchkunststiftung ausgezeichneten schönsten Büchern des Jahres waren, blieb doch immer der Gehalt des Buches ihr Hauptanliegen.

Gegründet als ein Werk des Kulturstrebens der deutschen Arbeiterschaft, bestimmten die

vornherein an sich selbst sie von hohem Anforderungen zu einer Lesergemeinschaft, die schnell über den ursprünglich engen Berufsrahmen hinauswuchs. Neben der Veröffentlichung ausgeprägter sozialer Literatur, ließ sich die Büchergilde im ersten Jahrzehnt ihres Schaffens immer auch die Hinführung ihrer Mitglieder zu den großen Werken der Weltliteratur angelegen sein.

Im Jahr 1933 wurde die Büchergilde von den Nazis „gleichgeschaltet“ und als DAF-Unternehmen weitergeführt. Ihre Geschäftsstellen in Österreich und in der Schweiz machten sich selbständig und gründeten eigene Büchergilde-Genossenschaften, die die Tradition der Büchergilde weiterführten und heute zu den größten und angesehensten verlegerischen Unternehmungen ihrer Länder zählen.

In Deutschland bedurfte es nach dem Kriege einer vollständigen Neugründung, die ihren Sitz in der alten Buchstadt Frankfurt a. M. nahm. Von hier aus gelang es bald, die alten Freunde der Büchergilde in der Gewerkschaftsbewegung wieder zu sammeln und mit ihnen gemeinsam das volksbildende Werk der Gründer neu zu beginnen.

Wie ernst die Büchergilde ihre arbeiter- und volksbildende Aufgabe nimmt, wird auch daraus ersichtlich, daß es ihr möglich war, besonders unter jungen Menschen viele Freunde zu gewinnen. Der Anteil der Mitglieder unter 25 Jahren beläuft sich auf ein Drittel der Gesamtmitgliedszahl von jetzt 250 000 Mitgliedern. Ein solcher Erfolg nach dem völligen Verschwinden der Büchergilde in Deutschland nach 1945 war nur möglich, weil sich fast 10 000 alte und neue Freunde als Vertrauensleute zur Verfügung gestellt haben. Sie sparen nicht mit Kritik und Wünschen, wenn es ihnen angebracht erscheint, denn sie, die ihre Tätigkeit als Bücherfreunde ehrenamtlich ausüben, betrachten sich mit vollem Recht als wesentlicher Teil der Büchergilde; sie sind die sichtbare Verkörperung ihres kulturellen Strebens. Die Vertrauensleute gewinnen jährlich 50 000 bis 60 000 neue Mitglieder. Durch diese Art der Werbung hat die Büchergilde auch eine stabile Mitgliedschaft, die in allen Schichten des Volkes und in allen Berufsgruppen zu Hause ist und deren literarische Wünsche sie durch 40 bis 50 Neuerscheinungen jährlich und durch ein dauerndes Angebot von 100 bis 130 Titeln zu erfüllen sich bemüht.

Die Kunst als Waffe im sozialen Ringen

Unsere Kunstausstellung im Spiegel der Presse

Die in Hannover von der Industriegewerkschaft Metall während des Gewerkschaftstages gezeigte Ausstellung „Arbeit · Soziales · Beruf in der Kunst“ hat bei unseren Kolleginnen und Kollegen ein lebhaftes Echo gefunden. Aber auch Presse, Rundfunk und Kunstkenner zeigten sich in hohem Maße beeindruckt. Und obgleich die Ausstellung ihre Pforten nur neun Tage offenhalten konnte, erlebte sie einen überraschend hohen Besuch: mehr als 3300 Menschen haben sich in dieser kurzen Zeit die ausgestellten Werke betrachtet. Erfreulicherweise waren besonders viele Berufsschulklassen und Gewerkschaftsjugendgruppen gekommen. Aus der großen Zahl der vorliegenden Pressestimmen veröffentlichen wir heute folgende Auszüge:

Als Auftakt zu ihrem Bundeskongreß eröffnete die Industriegewerkschaft Metall im Hannoverschen Künstlerverein eine eigene Kunstausstellung, die Gemälde, Plastiken und graphische Arbeiten unter dem Leitthema „Arbeit, Soziales, Beruf in der Kunst“ zusammenfaßte.

Zweifellos aufbauend auf den bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen gesammelten Erfahrungen zeigt sie in sehr instruktiver Weise, wie oft und wie verschiedenartig sich bildende Künstler zur Darstellung des arbeitenden Menschen und seiner Umwelt haben anregen lassen. Die sozialen und sozialkritischen Probleme, die die stürmische Entwicklung der Technik der Menschheit stellt und die der Kunst im Ringen um eine neue Gesellschaftsordnung eine wichtige Funktion zuweisen, haben in Werken von Hasenclever, Meunier, Hodler, Steinlen, Eyht, Liebermann, Käthe Kollwitz, Masereel, Nolde, Kirchner, Dix, Pechstein u. a. bis hin zu den modernen

dem er sich zum Menschen erheben kann, so sollte auch die bildende Kunst diesem Streben Ausdruck verleihen . . .

(„Freie Presse Bielefeld“)

Mehrere tausend Besucher sahen in der kurzen Zeit diese Ausstellung, die unter dem Leitthema „Arbeit — Soziales — Beruf in der Kunst“ 250 Arbeiten bekannter und weniger bekannter Maler, Bildhauer und Graphiker aus Museums- und Privatbesitz zusammengebracht hatte.

Es war eine Ausstellung, die bisher einzig in ihrer Art dasteht, und sie hat in wenigen Tagen, die sie geöffnet gewesen ist, ein Echo weit über Hannover hinaus gefunden. Wichtig ist aber, daß sie in Hannover selbst ein aufgeschlossenes Publikum fand. Belegschaften hannoverscher Betriebe, Berufsschulen und Jugendgruppen kamen, aber auch viele einzelne Besucher sahen die Ausstellung und waren, nach ihren eigenen Worten, überrascht, daß eine Gewerkschaft eine solche Ausstellung veranstaltet. Und darin klingt ein gut Teil Bewunderung mit . . .

(„Welt der Arbeit“)

Was im hannoverschen Künstlerhaus gezeigt wird, könnte durch seine Fülle einen allzu gründlichen Betrachter fast verwirren. „1000 Jahre Metall in Werk und Bild“, heißt die historische Übersicht, mit der die eigentliche Ausstellung eingeleitet wird. Hier gibt es metallenes Kunsthandwerk vergangener Jahrhunderte, Urkunden und Bilddokumente.

Der imposante Aufmarsch der vorwiegend zeitgenössischen Bilder und Plastiken dagegen — in einer Gegenüberstellung mit Kunstwerken des späteren 19. Jahrhunderts und solche aus den jüngst vergangenen Jahrzehnten — will jedoch mit einer gewissen Großzügigkeit betrachtet sein, obwohl berühmte Namen (Meunier, Steinlen, Hodler, Kollwitz, Masereel, Nolde, Dix, Beckmann)

mancherlei Schwerpunkte bilden, um die sich wiederum viel Sehenswertes gruppiert.

Nicht zu übersehen ist es auch, wie stark das optische Erlebnis industrieller Erscheinungen technischer Vorgänge viele Maler anregt, die sich zur radikalen Vereinfachung oder zur Abstraktion bekennen. Für den Sehenden ist ja die Grenze des Schaubaren immer wieder jenseits der jahrhundertlang gültigen Grenze gerückt. Oft ist es sogar, als habe sich die lebendige Realität, die heute durchaus im Zeichen des „Irrealen“ steht, den Bildvisionen gewisser moderner Maler angepaßt; ganz im Sinne von Oscar Wildes Theorie, daß das „Leben die Kunst nachahmt . . .“

(„Norddeutsche Zeitung“)

Der rote Faden dieser sorgfältig ausgewählten Sammlung heißt wie die Ausstellung selbst: „Arbeit, Soziales, Beruf in der Kunst.“ Daß metallene Dinge meist Objekt der Maler, Graphiker und Bildhauer waren, versteht sich von selbst, denn die Industriegewerkschaft Metall ist als erster Gewerkschaftsverband in Deutschland aus eigener Initiative Veranstalter einer solchen Ausstellung.

An der Kunst kann man hier die soziale und technische Entwicklung ablesen — mit all den Leidenstationen, die die Menschheit sich durch ihre eigenen Erfindungen selbst bescherte, sie aber auch zu überwinden gewußt hat . . . Es ließe sich vieles sagen; Namen nennen, ist beinahe ungerecht. Aber eines läßt sich nicht umgehen, es zwingt sich dem Besucher auf: Als die sogenannte neue Sachlichkeit ins Surreale umschlug, war der Künstler seiner Zeit, griff die Vision den Problemen voraus, die die Technik den Menschen stellt.

Es ist eine gute Ausstellung. Sie zeigt, daß auch heute Kunst eine soziale Waffe ist . . . Freilich, man kann das Chaos zeigen, indem man es „nachmal“; man kann vor einem schrecklichen Ende warnen, indem man es visionär vorausgreift (und das in meist surrealen Bildern). Aber man kann warnen und doch die Ordnung, die man selbst fordert und für die man kämpft, im Bilde bringen, ohne

daß damit die Warnung weniger eindringlich wäre. Und hier muß man doch einen Namen nennen, der auch für die anderen stehen mag: den von Alfred Mahlau.

Die Kunstausstellung erfreut sich regen Besuches . . .

(„Hannoversche Presse“)

Die Übersetzungsformen in die Sprache der Kunst reichen von der zeichnerischen Akribie eines Alfred Mahlau bis zur Dynamik des 1916 verstorbenen Isselmann, von Masereels sozialen Holzschnitten bis zum Gesicht des modernen Arbeiters in den plastischen Schöpfungen von Koelle und Zoltan Székessy. Fehlende Namen im retrospektiven wie im zeitgenössischen Teil gedanklich zu ergänzen, ist eine reizvolle persönliche, die Schwierigkeiten beim Aufbau dieser Ausstellung keinesfalls verkleinernde Aufgabe.

(„Frankfurter Rundschau“)

Wer die großen Kunstausstellungen im Inwie im Ausland kritisch verfolgt, ist immer wieder über den verhältnismäßig geringen Anteil erstaunt, den die bildende Kunst an der technisch-industriellen Realität des Jahrhunderts nimmt. Ist es Mangel an Gegenwartsinn, der hochbegabte Maler und Bildhauer abhält, in die Sphären einer Welt einzudringen, die nicht nur in den Industriezentren seit hundert Jahren das Antlitz der Erde veränderte? Die einen neuen Arbeitertypus hervorbrachte, den Rhythmus des Daseins beschleunigte, eine wildere und oft faszinierende Schönheit offenbarte und das Bild der modernen Ästhetik immer tiefer durchdringt und erfüllt?

Dennoch sind es nicht wenige, die in den letzten drei, vier Generationen die Chance ergriffen, die sich hier dem schöpferischen und phantasievollen Genius bot. Es war das Stoffliche wie das Ethische, die Schönheit des Konstruktiven wie leibliche und seelische Existenz des schaffenden Menschen im Arbeitsprozeß, was sie zur Gestaltung verlockte.

Unseres Wissens ist die jetzige Ausstellung der IG Metall in Hannover der erste Fall, daß in so großem Stile versucht wird, die fruchtbaren Kontakte zwischen Künstlern und dem mannigfaltigen Milieu der Arbeit gewissermaßen geschichtlich zu belegen und bis in unsere Tage fortzusetzen. Schon vom Thema her sollte die Ausstellung einen engen Bezug zu der Bevölkerungsschicht haben, die den Gewerkschaftstag der IG Metall jetzt besucht. Darin unterscheidet sich die in Hannover arrangerierte Schau etwa von den Ausstellungen in Recklinghausen . . .

(„Neue Rhein-Zeitung“)

Wenn die IG Metall, die größte Einzelgewerkschaft der Welt, eine so eindrucksvolle Brücke zur bildenden Kunst schlägt wie jetzt in Hannover anlässlich ihres 3. Gewerkschaftstages, so ist das ein erfreuliches Zeichen ihres lebendigen Kulturwillens . . .

Die Kunstwürdigkeit des Arbeiters mit dem Antlitz der sozialen Not hat lange auf sich warten lassen. Das uns heute so vertraute, in seiner Größe und Gewalt schon klassische Werk eines Constantin Meunier, einer Käthe Kollwitz oder eines Ferdinand Hodler — die mit eindrucksvollen Proben in Hannover vertreten sind — hat bekanntlich immer wieder die aufgestörten Spießer, die Reaktionäre und Moralisten auf den Plan gerufen. Erst in das Panorama der Geschichte eingereiht, wie es in den Sälen des Kunstvereins geschah, gewinnt das sozial erfüllte Werk dieser hervorragenden Kämpfer der Welt der Schaffenden sein erhabenes Profil. Es ist unlöslich mit dem an Kämpfen und Rückschlägen reichen Weg der Industriearbeiterschaft verbunden . . .

(„Neuer Vorwärts“)

Die Industriegewerkschaft Metall hat als Auftakt zu ihrem zur Zeit in Hannover statt-



Fritz Koelle

Arbeiter

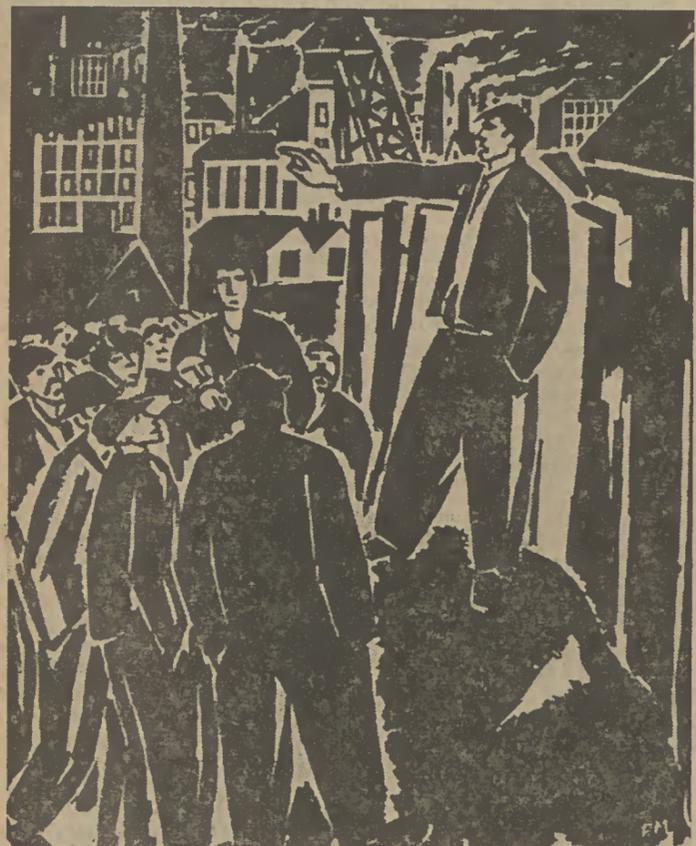
findenden Bundeskongreß eine repräsentative, mit vorbildlicher Sorgfalt zusammengestellte und historisch aufschlußreiche Kunstausstellung unter dem Motto „Arbeit, Soziales, Beruf in der Kunst“ feierlich eröffnet . . .

Das Motto der Ausstellung, die die Industriegewerkschaft Metall unter dem Titel „Arbeit — Soziales — Beruf in der Kunst“ für kurze Zeit im Künstlerhaus zeigt, könnte nicht besser ausgedrückt werden. Über 250 Gemälde, Zeichnungen, Radierungen, Holzschnitte und Graphiken von Künstlern des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart wurden von einer großen Zahl öffentlicher und privater Leihgeber zur Verfügung gestellt; mit Bedacht angeordnet, geben sie ein künstlerisch wie sozialgeschichtlich gleich anziehendes Gesamtbild des heute mit immer noch gesteigerter Geschwindigkeit ablaufenden Prozesses, der mit der Ablösung der Handarbeit durch die Maschine begann.

(„Hannoversche Allgemeine Zeitung“)

Im Raum der Abstrakten, die die Linie vom Impressionismus über den Expressionismus fortführten, werden zum Teil äußerste Möglichkeiten an wenigen ausgewählten Beispielen demonstriert. Hier findet man auch Erich Winter, eine unserer imponierendsten Begabungen, mit einer farbensatten Komposition „Vor dem Feuer“. Unter den Bildhauern sind es vor allem Constantin Meunier (Der Hammermeister), Fritz Koelle (Hüttenarbeiter) und Székessy (Dengelnder Landarbeiter), die der Arbeit und dem Arbeiter die großen Denkmale setzten. Wer vermißt unter den 90 Bildern, 130 Graphiken und 24 Plastiken nicht den einen oder anderen Namen, wie etwa Baluschek oder Zille? Es nimmt der Ausstellung nichts von ihrem Gewicht. Als ein erster Versuch, das Arbeitsbild unserer Zeit zusammenhängend auf einem bestimmten Gebiet darzustellen, ist sie jedenfalls ein respektables Unternehmen . . .

(„Mannheimer Allgemeine Zeitung“)



Frans Masereel

Aus der Holzschnittfolge „Die Stadt“

Abstrakten ihren individuellen Niederschlag gefunden.

Die sehr sorgfältig zusammengestellte Ausstellung erweist damit sinnfällig die Bedeutung zeitbezogener Kunst als soziale Waffe . . .

(„Die Welt“)

In Hannover ist die Industriegewerkschaft Metall, die hier ihren dritten Gewerkschaftstag abhält, in den Räumen des Kunstvereins mit einer umfangreichen, thematisch aber deutlich begrenzten Kunstausstellung an die Öffentlichkeit getreten. Der Plan war, die Entwicklung der industriellen Landschaft — und des Menschen in ihr — von den Manufakturen des 18. und 19. Jahrhunderts bis heute im Spiegel des künstlerischen Erlebnisses zusammenhängend vorzuführen . . .

Der Aufmarsch von 90 Gemälden, 130 Graphiken, 24 Plastiken und zahlreichen Fotos, Büchern, Gobelins, kunsthandwerklichen Erzeugnissen usw. läßt kaum eine wesentliche Entwicklungsstation aus. Nur da, und dort erlaube sich die Regie, die strenge Aufbau- linie durch eingestreute Bilder und Holzschnittfolgen (wie z. B. Rethels „Totentanz“ aus dem Jahre 1848 oder Hasenclevers interessantestes Gemälde „Arbeiter und Magistrat“ 1849) des Zeitkolorits wegen zu durchbrechen. Stofflich liegt der Akzent natürlich auf Metall: als Zustand und als Form, im Verarbeitungsprozeß wie als optisches Wunderwerk, in realistisch-berichtender, vergeistigter, funktioneller und visionärer Wiedergabe. Wer Zeit hat, sich zu vertiefen, dem werden hundert brandende Jahre noch einmal zur Gegenwart . . .

(„Die Neue Zeitung“)

Unsere Zeit ist erfüllt vom Kampf um die soziale Neuordnung der Gesellschaft. Und wie es Aufgabe der sozialen Volksbewegung — und die Gewerkschaften sind wohl unbestritten in der heutigen Gesellschaft der wichtigste Teil einer solchen — sein muß, den Menschen frei zu machen, ihm diese Freiheit zu erhalten und ihm den Lebensraum zu schaffen, in



Otto Pankok

Kupferschmiede in Istrien

Wichtige Beschlüsse zu den Satzungen

Der Gewerkschaftstag in Hannover beschloß nach eingehender Diskussion eine Reihe von Satzungsänderungen, die das Ziel verfolgen, die Geschlossenheit der Organisation zu festigen und ihre Aktionsfähigkeit zu steigern.

Wegen der umfangreichen und noch ständig anwachsenden Aufgabe, die der Vorstand zu erledigen hat, war eine Vergrößerung der Zahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder notwendig. Der Vorstand der IG Metall besteht daher in Zukunft aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, zwei Kassierern, sechs weiteren geschäftsführenden und fünfzehn ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern.

Die IG Metall hatte schon auf dem Stuttgarter Gewerkschaftstag eine vorläufige Invalidenunterstützung für ihre alten Mitglieder beschlossen, die aus dem Arbeitsprozeß als Invalide und Rentner ausgeschieden sind, und zahlt ihnen seitdem eine regelmäßige Unterstützung. Unsere Organisation bringt damit ihre Anerkennung denjenigen gegenüber zum Ausdruck, die unter großen Opfern und Mühen die sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte erkämpft haben, die manchmal heute als selbstverständlich erscheinen. Von unseren Mitgliedern wurde immer wieder bedauert, daß diese Unterstützung nicht höher ist. Der Gewerkschaftstag in Hannover hat nun die Sätze für alle alten Kolleginnen und Kollegen, die vor dem 31. Dezember 1914 Mitglieder einer Gewerkschaft waren, um 10 DM und für diejenigen, die nach diesem Stichtag, aber vor dem 30. April 1933, in eine Gewerkschaft eingetreten sind, um 5 DM erhöht. Die übrigen Voraussetzungen für den Bezug der Invalidenunterstützung sind nicht geändert worden.

Die Delegierten des 3. Gewerkschaftstages haben sich für eine beträchtliche Erhöhung der Streikunterstützung entschieden. Die ab 1. Januar 1955 geltenden neuen Sätze gehen aus der untenstehenden Tabelle hervor.

Die Zuschläge zur Streikunterstützung für Mitglieder, die für den Unterhalt ihrer Familie zu sorgen haben, sind gleichfalls erhöht worden. Sie betragen für Mitglieder mit einer Beitragsleistung von 13 bis 52 Wochenbeiträgen für die Frau und für jedes versorgungsberechtigte Kind 0,50 DM täglich, bzw. 3 DM wöchentlich; für Mitglieder mit mehr als 52 Wochenbeiträgen sind die entsprechenden Zahlen 0,70 DM bzw. 4,20 DM, und für Mit-

glieder mit mehr als 156 Wochenbeiträgen 0,90 DM bzw. 5,40 DM.

Die Beiträge unserer Kolleginnen und Kollegen sind die einzigen Einnahmen unserer Organisation, von denen die Verwaltungsstellen zur Durchführung ihrer Aufgaben einen bestimmten Anteil erhalten. Da diese Aufgaben ständig anwachsen und um die Verwaltungsstellen in ihrer Aktionskraft zu stärken, haben die Delegierten beschlossen, diesen Anteil am Beitragsaufkommen auf 22 Prozent zu erhöhen.

Mit Ausnahme der Erweiterung des geschäftsführenden Vorstandes, die sofort in Kraft getreten ist, haben die übrigen Satzungsänderungen erst vom 1. Januar 1955 an Geltung.

Mitbestimmung soll geschmälert werden

Durch Presse und Rundfunk ist mitgeteilt worden, daß das Bundeskabinett in seiner Sitzung vom 23. September 1954 einen Gesetzentwurf über die Anwendung des Mitbestimmungsrechts in den Obergesellschaften bei Kohle und Stahl verabschiedet hat. Neben dem Regierungsentwurf, für den der Bundesarbeitsminister verantwortlich zeichnet, hat die Arbeitnehmergruppe der CDU unter dem Vorsitz des Abgeordneten Sabel ebenfalls einen Entwurf eingebracht. Beide Entwürfe sollen in dem zuständigen Ausschuß des Bundestages gemeinsam beraten werden.

Bundesarbeitsminister Storch erläuterte seinen Regierungsentwurf dahin, daß Obergesellschaften von Verbundunternehmen, die selbst Betriebsbelegschaften sind, unter das erweiterte Mitbestimmungsrecht fallen sollen, so, wie es im Mitbestimmungsgesetz für die Montanindustrie festgelegt ist. Eine „echte“ Mitbestimmung sollen die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat erhalten, soweit Kohle-, Eisen- und Stahlbetriebe das Übergewicht in den Konzernen haben. Soweit die Holdinggesellschaften nur reine Verwaltungsaufgaben erfüllen, soll das Mitbestimmungsrecht danach festgelegt werden, ob im Konzern die Betriebe der Montanindustrie überwiegen. Bei den spezifischen Kohle- und Stahlunternehmen soll der Aufsichtsrat sich aus fünf Vertretern der Arbeitnehmer, fünf Kapitalvertretern und einem Neutralen zusammensetzen. Von den

fünf Arbeitnehmern sollen drei von der Belegschaft gewählt und zwei von den Gewerkschaften benannt werden. Ein Arbeitsdirektor soll nicht ernannt werden.

Für die Holdinggesellschaften, in denen der Montancharakter nicht überwiegt, sollen die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes Geltung haben. Das Gesetz sieht vor, nach dem Umsatz der Unternehmen zu entscheiden, ob das Mitbestimmungsgesetz für Kohle und Stahl oder das Betriebsverfassungsgesetz anzuwenden ist.

Der Entwurf des CDU-Abgeordneten Sabel sieht gegenüber dem Regierungsentwurf vor, daß das allgemeine Gesetz zur Mitbestimmung in der Montanindustrie abgeändert wird. Danach sollen nicht wie bisher zwei Gewerkschaftsvertreter und zwei Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsrat delegiert werden (neben einem von den Arbeitgebern zu berufenden Mitglied), sondern generell zwei Gewerkschaftsvertreter und drei Vertreter der Belegschaft, die in Urwahl gewählt werden. Der Sabel-Entwurf sieht ferner vor, daß die Arbeitnehmer im Vorstand der Holdinggesellschaften durch ein Mitglied vertreten werden, sofern der Montancharakter im Konzern ein Übergewicht von 75 v. H. und mehr hat.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bezeichnet den Regierungsentwurf als einen weiteren Schritt, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu schmälern und die bisherige

Die erhöhte Streikunterstützung

Die Unterstützungssätze für 6 Arbeitstage betragen:

Anzahl der Wochenbeiträge	Beitragsklasse:						
	—,60	—,80	1,—	1,20	1,40	1,60	1,80
14.— 52. Woche	13,80	18,60	23,40	27,60	32,40	37,20	41,40
53.—156. Woche	18,90	23,70	28,50	32,70	37,50	42,30	46,50
über 156 Wochen	24,—	28,80	33,60	37,80	42,60	47,40	51,60

Die Unterstützungssätze für 6 Arbeitstage betragen:

Anzahl der Wochenbeiträge	Beitragsklasse:					
	2,—	2,20	2,50	3,50	5,—	7,—
14.— 52. Woche	46,20	50,40	57,60	81,—	115,20	161,40
53.—156. Woche	51,30	55,50	62,70	86,10	120,30	166,50
über 156 Wochen	56,40	60,60	67,80	91,20	125,40	171,60

Rentenerhöhung — eine Illusion

Kurz vor der Wahl zum Bundestag im September des vorigen Jahres hatte die Bundesregierung den Rentnern unter den Wählern versprochen, sie werde sich dafür einsetzen, daß durch sozialpolitische Maßnahmen, insbesondere ihr Los, wesentlich gebessert würde. Der Arbeiter, der 40 Jahre seines Lebens hart geschuftet und seine Sozialversicherungsbeiträge treu und brav bezahlt habe, müsse, so hieß es damals, bei der Erreichung seines 65. Lebensjahres mindestens 55 bis 60 Prozent seines bisherigen Verdienstes als Rente erhalten.

Was ist nun seitdem für das Heer der sechs Millionen Rentner geschehen, die meistens im Durchschnitt von monatlich 80 bis 120 DM leben müssen und kein menschenwürdiges Dasein mehr führen?

Die Koalitionsparteien und die Bundesregierung haben im ersten Jahr der 2. Legislaturperiode nur eine recht geringe sozialpolitische Initiative entwickelt. Die Bundes-

regierung hat sich erst vor wenigen Monaten ihrer großzügigen Wahlversprechungen erinnert und ist endlich mit einem lang ersehnten Gesetzentwurf über die Erhöhung der Renten herausgekommen. Die darin vorgesehenen völlig unzureichenden Rentenverbesserungen — sie betragen im günstigsten Falle 30 DM und im ungünstigsten gerade 10 Pfennig — haben zu einer großen Niedergeschlagenheit unter den Sozialrentnern geführt, da sie schon seit geraumer Zeit infolge der beträchtlichen Preissteigerungen nicht mehr die notwendigen Lebensmittel kaufen können. Das Kabinett hat dem Entwurf aus dem Bundesarbeitsministerium seine Zustimmung zunächst versagt, weil der Finanzminister Schäfer nicht bereit war, die notwendigen Mittel in Höhe von rund 680 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

Weniger das erwachende soziale Gewissen der Bundesregierung und der Mehrheitsparteien im Bundestag als der für sie verlust-

reiche Ausgang der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und der Gedanke an die bevorstehenden Wahlen in Bayern und Hessen sind es dann wohl gewesen, die urplötzlich in der vorletzten Woche zu einer „Einigung“ über die Aufbringung der für die Anlehnung der Renten notwendigen Beträge zwischen den Ministern geführt hat. Der Kompromiß, der hier zustande kam, kostet den Finanzminister keinen Pfennig und geht vollständig zu Lasten der Arbeitnehmerschaft: die 680 Millionen DM werden durch eine Erhöhung der Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge von 10 auf 11 Prozent des Bruttolohnes aufgebracht und damit auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Daß gleichzeitig eine entsprechende Herabsetzung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erfolgen soll, ist kein Trost, sondern gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen, deren Unterstützungen auch dringend einer Aufbesserung bedürfen. Dieser Gesetzentwurf ist inzwischen unter dem Namen „Renten-Mehrbetrags-Gesetz“ dem Bundesrat zugegangen und liegt gleichzeitig dem Bundestag als Initiativantrag der Koalitionsparteien vor. — So also gedenkt man sich von den Wahlversprechungen loszukaufen: kümmerliche Rentenerhöhungen auf Kosten der Versicherten.

Aber noch etwas anderes hat endlich die Bundesregierung und die Koalition in der Rentenfrage etwas in Bewegung gebracht: Der SPD-Antrag, daß allen Rentnern am 1. Oktober eine Sonderzulage in Höhe einer Monatsrente ausbezahlt werden soll. Dieser SPD-Antrag wird nun durch das Renten-Mehrbetrags-Gesetz keineswegs überflüssig, allein schon deshalb nicht, weil die Zulage für die zurückliegende Zeit gelten soll, für die eine Rentenerhöhung zwar versprochen, aber nicht gewährt wurde. Außerdem weist der Regierungsentwurf noch eine ganze Reihe weiterer sozialer Mängel auf, die durch eine Sonderzulage wenigstens für kürzere Zeit etwas gemildert werden könnten.

gen Regelungen auszuhöhlen. Es sei völlig unmöglich, nur den Aufsichtsratsmitgliedern der Unternehmenseite in allen Kapitalienkennungen ein Stimmrecht zu geben. In Holdinggesellschaften werde in 99 von 100 Fällen nur über diese Probleme entschieden, so daß der Einfluß der Arbeitnehmer durch eine solche Bestimmung fast völlig beseitigt werde. Zu beanstanden sei auch, daß bei Holdinggesellschaften kein Vorstandsmitglied der Unternehmenseite angehören solle. Damit würde keine Sicherheit dafür bestehen, daß alle Vorlagen an den Aufsichtsrat geleitet werden. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei den Tochtergesellschaften könnte dadurch illusorisch werden.

DGB wurde nicht informiert

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes legt Wert auf die Feststellung, daß der Inhalt des vom Kabinett verabschiedeten Entwurfs mit ihm weder besprochen noch vereinbart worden ist. Der Wortlaut des Gesetzes ist dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes bis heute auch nicht bekannt. In demokratischen Ländern ist es üblich, daß über die Fassung von Gesetzentwürfen mit den interessierten Kreisen beraten wird, ehe sie ins Parlament gelangen. Auch die Bundesregierung hat in der Vergangenheit diese Praxis angewandt, wenn es sich um bedeutende Gesetze handelte.

Der Bundesvorstand des DGB wird, sobald ihm der am 23. September 1954 verabschiedete Gesetzestext vorliegt, sich mit den Absichten der Bundesregierung in der Frage der Mitbestimmung in den Holdinggesellschaften beschäftigen und anschließend dem Bundestag, dem Bundesrat und der Öffentlichkeit seine Stellungnahme unterbreiten. Schon jetzt erklärt der Bundesvorstand im Einvernehmen mit der IG Metall und der IG Bergbau, daß er kein Gesetz billigen wird, das die bisherigen Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften im Bereich von Kohle und Stahl schmälert.

Alarmierende Mieterhöhungen

Der Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes, Gramse, hat vor wenigen Tagen schärfste Kritik an der von der Bundesregierung beschlossenen Erhöhung der Mieten um 10 bis 20 Prozent geübt. Diese Kritik ist alarmierend, denn er vertrat die Meinung, daß die Mieterhöhung das Mietniveau der Altbauwohnungen auf einen Stand hinaufreiben wird, der über dem Durchschnitt der Neubaumieten nach dem ersten Wohnungsbaugesetz liegt.

Weiterhin ist der Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes der Meinung, daß Hunderttausende von wohnungslosen Familien in Westdeutschland, die bereits die Mieten des sozialen Wohnungsbaues nicht aufbringen können, auch künftig ohne Wohnung bleiben werden. Was METALL schon vor Wochen voraussagte, befürchtet jetzt auch Herr Gramse: nämlich, einen entscheidenden Einbruch in das Lohngefüge durch die steigenden Mieten.

Die Mietpreissteigerungen werden für die arbeitende Bevölkerung und insbesondere für das große Heer der Arbeitslosen und Rentner nicht abzusehende Folgen haben. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant und zugleich sehr bezeichnend, wenn sogar „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 15. September 1954 nicht umhinkann, u. a. die folgenden warnenden Zeilen zu veröffentlichen: „Das Gesetz über die geplante Mieterhöhung liegt jetzt dem Kabinett vor. Man darf hoffen, daß es zumindest in zwei Punkten noch eine grundlegende Sichtung erfährt: hinsichtlich der Mietpolitik, die sich für die Zukunft ergibt, und mit dem Blick auf die Rentner...“

Sowohl die bedeutsamen Erklärungen des Vorsitzenden des Deutschen Mieterbundes in Köln als auch die oben zitierte nicht zu überhörende Warnung der „Welt“ stützen die von den Gewerkschaften seit langem und wiederholt mit Nachdruck vertretene Forderung, nicht eher zu einer freien oder auch nur gelockerten Wohnungswirtschaft zu kommen, bevor nicht der aufgestaute Wohnungsbedarf durch neugebaute Wohnungen befriedigt werden kann.

Entschließung zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes:

Stärke, Einheit und Kampfbereitschaft

sind gleichermaßen Voraussetzung und Unterpfand des Erfolges

Der 3. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland hat mit Befriedigung die Berichte des Vorstandes zur Kenntnis genommen.

Die Delegierten begrüßen die Maßnahmen, die der Vorstand in der Berichtsperiode zur Wahrung der Einheit unserer Gewerkschaftsbewegung und der Abwehr aller Spaltungs- und Zersetzungsbestrebungen beschlossen und durchgeführt hat. Ebenso begrüßen sie die ständige Wachsamkeit gegenüber allen Feinden der Demokratie. Freie unabhängige Gewerkschaften können nur leben und wirken, wenn die Demokratie gesichert ist. Es darf keine Wiederholung von 1933 geben. Es darf den links- und rechtsradikalen Kräften nicht noch einmal gelingen, die Demokratie und die Arbeiterbewegung zu zerstören. Die IG Metall, die größte demokratische Organisation der Bundesrepublik, trägt in diesem Kampf eine ganz besondere Verantwortung gegenüber der gesamten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung.

Der Gewerkschaftstag begrüßt im besonderen den planenden und koordinierenden Einsatz aller Kräfte unserer Organisation in den Lohnbewegungen dieses Jahres, insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern. Mit diesen Erfolgen wurde das Tor aufgestoßen für eine große Anzahl von Tarifabschlüssen, durch die es möglich wurde, für mehr als 1½ Millionen in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter und Angestellte Lohn- und Gehaltserhöhungen zu erringen. Darüber hinaus wurde es auch der Arbeitnehmerschaft in anderen Industrien erleichtert, ihre Lohn- und Gehaltsforderungen durchzusetzen. Damit ist bewiesen, daß es richtig war, zu Beginn dieses Jahres die Initiative zur Einleitung einer aktiven Lohnpolitik zu ergreifen. Die Maßnahmen des Unternehmertums in Bayern gegen die Streikenden und unsere Gewerkschaft, die Bestrebungen reaktionärer Kreise durch Antistreik- und Antigewerkschaftsgesetze, die Arbeitnehmerschaft zu knebeln, machen deutlich, wie dringend notwendig die Stärkung der IG Metall ist. Dazu gehört insbesondere der Aufbau von starken und aktiven Vertrauenskörpern in allen Betrieben der Metallindustrie, ebenso wie die Herstellung engsten und ständigen Kontakts zwischen der IG Metall und den Betriebsräten, um sie in ihrer schweren Arbeit zu unterstützen.

In Bayern wurde von den Unternehmern in großem Umfang der Versuch gemacht, die Angestellten gegen die Arbeiter auszuspielen, um so beide gleichermaßen zu schwächen. Daraus ergibt sich, daß durch unsere Gewerkschaft alles in ihrer Kraft Stehende getan werden muß zur Herstellung und Stärkung der gemeinschaftlichen Kampffront in den Betrieben.

Der Gewerkschaftstag appelliert an alle Mitglieder, auch in Zukunft ihre ganze Kraft für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung und im besonderen der IG Metall einzusetzen. Ihre Stärke, ihre Einheit und ihre Kampfbereitschaft sind gleichermaßen Voraussetzung und Unterpfand des sozialen Fortschritts, der Erhaltung und des Ausbaus der Demokratie und der Freiheit.